

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Mittwoch, 10. Feber 1926.

Nr. 35.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 90.—
janzjährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Mussolini auf dem Kriegspfade.

Umjubelt von seiner rein faschistischen Zuhörerschaft in der italienischen Kammer, hat Mussolini am Samstag eine Rede gehalten, wie sie noch kein verantwortlicher Staatsmann an solcher Stelle gehalten hat und von der man nicht weiß, ob Größenwahn oder Irresein ihr Vater ist. Erst vor kurzem hat der Duce eine Brandrede gegen Frankreich gehalten, wo man eben den offenkundig pathologischen Menschen nicht ernst nimmt und seine läppischen Drohungen ohne Antwort ließ, diesmal kehrte sich sein hysterischer Zorn gegen Deutschland, wo die Deutschnationalen daran einhaken und eine nationalistische Hege daraus zu brauen suchen, indem sie durch eine Interpellation den Reichskanzler bestimmen möchten, die Rede ernst zu nehmen und auf sie eine scharfe Antwort zu geben. Die Sozialdemokratie aller Länder ist die entschiedenste Gegnerin des Systems der Gewalt, das der blutige Faschismus in Italien aufgerichtet hat und unter dem das sozialistische Proletariat namenloses Leid erduldet, aber es wäre die verfehlteste Methode, wenn die deutsche Reichsregierung auf das ihr gestellte Anstehen eingehen wollte und den heillosen Schreier ernst nehmen würde. Was hat dieser hypochondrisch franke Mann schon alles zusammengeredet! Er hat die Engländer einmal als die Parasiten des Mittelmeeres bezeichnet er hat den Franzosen mit dem Einmarsch von zwei Millionen seiner Getreuen gedroht, was verschlägt es, wenn er jetzt die deutschen Italienreisenden bespuckt, mit „Repressalien dreifacher Art“ droht und großmäulig ankündigt: „Italien wird nicht nur niemals seine Fahne auf dem Brenner streichen, es wird viel mehr, wenn nötig, diese Fahne auch über den Brenner tragen!“ Es wäre das Beste, wenn Deutschland, dem Beispiel Frankreichs und Englands folgend, dieser eratorische Leistung, die höchstens Ohrenschmaus für die futuristischen Faschisten ist, mit Schweigen beantwortet würde. Das Schweigen der Verachtung wäre die vernünftigste Antwort für den, wenn auch nicht ungefährlichen Narren. Auch wenn er pathetisch wie der Hahn auf dem Mist verkündet: „Meine Rede bedeutet eine politische und diplomatische Stellungnahme“, so verfährt man doch am besten mit ihm wie mit gewissen Stänkerern, die ein Vergnügen daran finden, andere Leute anzurumpeln: man läßt sie stehen und ruhig weiterhinken. Schließlich muß es das italienische Volk selbst mit sich ausmachen, ob es einen Ministerpräsidenten duldet, der sich offiziell wie ein bramabasierender Wirtschaftsprüfer benimmt.

Den unmittelbaren Anlaß zu seinem rednerischen Erzeß gab Mussolini eine Rede des boherischen Ministerpräsidenten Feld über die Vergewaltigung der Deutschen in Südtirol. Aber eigentlich ist der Unmut des nachgemachten Napoleons schon älteren Datums, er rührt her aus den seit einiger Zeit in der reichsdeutschen Presse erfolgenden scharfen Angriffen und der damit in Zusammenhang stehenden Propaganda für einen italienischen Reisekonsort wegen der von der faschistischen Gewaltherrschaft betriebenen systematischen Drangsalierung der Deutschen in Südtirol, die durch das Friedensdiktat dem italienischen Staatsgebiet einverleibt wurden. Mussolini, dem es mit Hilfe seiner schwarzgehenden Banditenhorden gelungen ist, die Ordnung in Italien so zu heigern, daß es dort nur seine, — des Parasitenkess, — Meinung gibt, gewohnt, daß alle anderen wie krumme Hunde kuscheln, kann es nicht vertragen, daß der grausame Druß des faschistischen Gewaltregimes im Ausland, besonders in Deutschland, Empörung hervorruft, und er glaubt durch seine mehr komisch als ernsthaft wirkenden Drohungen auch die Menschen und Staaten, die seiner faschistischen Machtsphäre entrückt sind, die seiner faschistischen Machtsphäre entrückt sind, einschüchtern zu können. Das ist ein kindlich-lächerliches Beginnen, denn dem Räuber des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen in Südtirol, dem Verderber ihrer Kultur, Sprach-

und Schule, wird darum kein größerer Respekt entgegengebracht werden, weil er einen unverkündeten drohenden Ton anschlägt. Die Proteste gegen die gesteigerte Mißhandlung der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols werden trotz dieser und ähnlicher Kaschemmenreden des faschistischen Diktators nicht aufhören. Wenn auch manches von den Nachrichten aus Südtirol übertrieben sein mag, was unleugbar feststeht, bleibt noch genug, um die Proteste gegen das die deutsche Bevölkerung in Südtirol vergewaltigende Herrschaftssystem der faschistischen Praxis und ihres geisteskranken Diktators zu rechtfertigen. Soviel ist gewiß, daß der Faschismus in Südtirol das blühende deutsche Schulwesen vernichtet, den deutschen Privatunterricht verboten, die deutschen Arbeiter und Beamten vertrieben oder nach Alt-Italien verlegt hat. Das bestreitet Mussolini selber nicht, der sogar erklärt, die „Italienisierung“ Südtirols werde fortgesetzt werden. Wenn er sich dabei auf die Tschecoslowakei beruft, der er nachsagt, in ihr würden die nationalen Minderheiten noch weit ärger unterdrückt, obwohl man hier nicht von einem kleinen Bevölkerungsstücker sprechen könne, sondern von einer Millionen zählenden starken Minderheit, so kann auch dies die brutalen Entnationalisierungsbestrebungen der faschistischen Alleinherrscher nicht rechtfertigen. Ein Unrecht, eine Gewalttat, wird nicht honorierter, weil auch ein anderer Unrecht verübt.

Aber was in Südtirol vorgeht: alle nationalen und politischen Schikanierungen der Deutschen durch die billigen faschistischen Helde und Komödianten, die in Südtirol an der wehrlosen Bevölkerung eine bequeme Gelegenheit zum „Sieggen“ gefunden haben, es ist doch nur ein kleiner Teil der Verbrechen, mit denen das Gewissen des Faschistenhaupteins und seiner Vanden belastet ist, ein Ausschnitt aus einem Riesengemälde von Unrecht und Nichtswürdigkeit, ein einzelner Posten aus dem Riesenschindkonto des Faschismus. Hat der Spießgeselle und Inspirator der Mörder Matteottis nicht schon seit Jahren die italienische Arbeiterschaft aufs grausamste und blutigste unterdrückt, hat er nicht alle Vereine- und Pressefreiheit erdrückt, hat nicht seine Garde Arbeiterheime, Gewerkschaftshäuser, Wohnungen sozialistischer Parteiführer angezündet und geplündert, hat sie nicht Mißetat auf Mißetat gehäuft, politische Gegner sonder Zahl mißhandelt, gemordet, außer Land vertrieben. So sachlich berechtigt die Proteste gegen das Treiben der Faschisten in Südtirol sind, es geht doch nur um ein Detail und schließlich muß man, soweit diese Proteste von Deutschnationalen ausgehen, doch fragen, wo diese Art von Protestern war, als der Faschismus „nur“ Arbeiter und Sozialisten terrorisierte, „nur“ proletarisches Blut vergoß. Diese Frage muß gestellt werden in einem Momente, da die Deutschnationalen in Deutschland und bei uns sich anschicken, unter Ausnützung von Mussolinis irrer Hege gegen Italien und das italienische Volk eine Propagandakampagne zu erzeugen und an dem entzündeten Feuer das eigene nationalistische Stüppchen zu kochen. Wie lange ist es her, da das deutsche Bürgertum, die Hafenkreuzlerpresse voran, in Bewunderung vor Mussolini schwelgte, der es so trefflich verstand, die Arbeiterbewegung niederzuknappen! Selbst die südtirolischen Gewaltakte des Faschismus wurden von den Deutschnationalen lange Zeit als Kaufbeinigkeit einzelner faschistischer Organe zu entschuldigen und zu beschönigen versucht. Es war die Gleichheit der Bestimmung, die Gleichheit des Geistes, der die deutschen Hafenkreuzler, aber auch die deutschen Landbändler und Christlichsozialen für Mussolini streiten und schwärmen ließ. Da zeigte sich die Einheitsfront des internationalen Faschismus, aber auch die Einheitsfront der internationalen Kapitalistenklasse, die Heilige Allianz der Banditen mit dem Wahlspruch: Unrecht, an der sozialistischen Arbeiterschaft verübt, ist kein Unrecht!

Es braucht nicht gesagt werden, daß die Sozialdemokraten aller Länder die Gewalttaten in Südtirol aufs schärfste verurteilen, und daß die internationale Arbeiterklasse geschlossen für das geknechtete, seiner Rechte völlig beraubte

italienische Proletariat kämpft. Aber darum darf es doch nicht dulden, daß der Nationalismus in eigenen Reihen neue Stärkung durch Ausnützung der Reden und Taten des italienischen Faschistenhauptlings finde. Nicht dadurch kann der Faschismus getroffen werden, daß durch einen Boykott verhindert wird, daß arbeitsbedürftige Deutsche italienische Sommerfrischen und Bäder besuchen. Es wird sich bald ein Forum, der Völkerbund, finden, vor dem Gelegenheit geboten sein wird, festzustellen, daß Mussolini mit seinen schändlichen Gewaltmaßnahmen in Südtirol die feierlich beschwo-

renen Verpflichtungen brutal mit Füßen tritt. Auch die Macht der Aussterbender Gewerkschaftsinternationale und der sozialdemokratischen Internationales in allen Ländern, sie werden ihren Feldzug gegen den Faschismus fortsetzen. Und kommen wird der Tag, da das italienische Volk aus den faschistischen Verbredherhänden befreit sein wird. Ueber diesem Kampf aber darf die Arbeiterklasse an die Feinde im eigenen Lande, an ihre eigenen Unterdrücker, keinen Augenblick verweisen und muß ihnen selbst dort, wo sie gegen Unrecht aufzutreten vorgeben, auf die schmutzigen Finger schauen.

Strefemanns Antwort.

Respektierung der italienischen Souveränität. — Die Brennergrenze Oesterreichs Angelegenheit. — Eintreten für die kulturellen Rechte der deutschen Minderheiten.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) Im Reichstag gab heute der Reichsminister Strefemann keine Antwort auf die Reden Mussolinis in der italienischen Kammer. Die Reichsagstribunen waren nicht bereit; in der Diplomatenloge befanden sich der englische Botschafter und der österreichische Gesandte.

Strefemann in Verantwortung der Interpellationen der Regierungspartei u. a. aus: Die Reichsregierung muß es ablehnen, der mehr auf Massenerklärungen als auf die Aussprache mit anderen Nationen gerichteten Tonen des italienischen Ministerpräsidenten zu folgen, sondern sie will lediglich die Vorgänge sachlich unteruchen. Die Tatsache, daß Südtirol Italien zugesprochen wurde, wird von uns anerkannt, die italienische Souveränität in diesem Gebiete ist von uns stets beachtet worden und wird immer beachtet werden. Es gibt aber nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral.

Der Minister verweist sodann verschiedene Verlautbarungen des Königs von Italien und amtlicher Stellen in Italien, in welchen der Deutschen Bevölkerung die Wahrung der kulturellen Interessen zugesichert wird.

„Am Gegenjah zu diesen Zusicherungen“, fährt der Minister fort, „hat das faschistische Regime bewußt eine Italisierung und Entdeutschung in Südtirol vorgenommen.“

Diese Tatsachen sind der Öffentlichkeit bekannt. Den unehren und entstellten Nachrichten, wie zum Beispiel das amtliche Verbot des Verkaufes von Weihnachtsbäumen und die Befestigung des Walter-von-der-Vogelweide-Denkmal in Bozen, weht die Reichsregierung vollkommen fern und bedauert sie. Diese bedauerlichen deutschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtbestande der Italisierung Südtirols.

Die in München entstandene Boykottbewegung gegen Italien geht von privaten Leuten aus, die bayerische Regierung und amtliche deutsche Stellen haben ihr fern. Diese Privatbewegung hat Mussolini veranlaßt, dem deutschen Botschafter in Rom zu erklären, daß er amtlich

die Einfuhr deutscher Waren verbieten

und zum Boykott Deutschlands auffordern würde, wenn derartige Bestrebungen nicht aufhörten. Ich halte es für ein unmögliches Vorhaben, die von der Reichsregierung mißbilligte Bewegung unverantwortlicher Kreise mit dem Bruch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen. Auf solcher Basis ist ein internationales Zusammenleben nicht möglich.

Ueber die Brennergrenze

führte Strefemann weiter aus: Auch an uns ist im Laufe der Verhandlungen über den Locarnovertrag die Frage gerichtet worden, wie wir uns zu einer Revision der Brennergrenze stellen. Unsere Antwort war selbstverständlich die, daß wir für eine solche Frage nicht die richtige Adresse sind. Oesterreich, nicht wir, grenzt an Italien. Was der deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommen uner Sinn. Die deutsche Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathien entgegengebracht. Das hat sich erst geändert, als sich die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung in Südtirol immer mehr verstärkten. Wenn Mussolini meint, diese Haltung der deutschen Presse sei auf einen Befehl der deutschen Regierung zurückzuführen, so ver-

steht er, daß man in Berlin nicht, wie in Italien, die Freiheit der Presse willkürlich unterdrücken kann. Wenn aus der Unterdrückung eines Volkes die Gefahr der Störung des Friedens entsteht, so ist

der Appell an den Völkerbund gegeben. Das Reichskabinett, das gestern den Eintritt in den Völkerbund beschloß, ist durch Mussolinis Rede bestärkt worden, die nicht nur die Entdeutschung Südtirols fordert, sondern auch in der ganzen Welt als eine

Kriegsdrohung gegen Deutschland und Oesterreich

aufgefaßt worden ist. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbundes schlechthin unvereinbar; unvereinbar ist auch der ganze Ton, die Ueberheblichkeit und Maßlosigkeit der Ausführungen Mussolinis. Was Mussolini über Walter von der Vogelweide sagte, verkennt das Wesen dieses deutschen Dichters. Nicht seine Bedeutung in der Weltliteratur, sondern das Deutschtum Walters von der Vogelweide zeugt davon, daß Bozen innerhalb der deutschen Kulturgemeinschaft liegt. Mussolini hat für seine große Aktion die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten Feld genommen, ohne den Wortlaut dieser Rede erst abzuwarten. Feld hat ganz klar vor von der Kulturfreiheit der Deutschen Südtirols gesprochen. Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, für die kulturellen Rechte der deutschen Minderheiten im Auslande einzutreten, wie wir auch die Rechte der in unseren Grenzen wohnenden nationalen Minderheiten wahren werden. Wir werden auch im Völkerbund für die nationalen Minderheiten eintreten. Keuchere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust wirtschaftlicher Kraft. In diesem Geiste weise ich die gegen Deutschland gerichteten Drohungen mit aller Entschiedenheit zurück.“

In der nachfolgenden Debatte sprach u. a. auch

Genosse Stampfer.

Er betonte, daß die Sozialdemokratie den Ausführungen Strefemanns im allgemeinen zustimme. Damit nehme die Partei aber keineswegs Stellung gegen das italienische Volk, sondern nur gegen den italienischen Faschismus. Mussolini spottet jetzt über die Leute, die in primitiver Kleidung nach Italien kommen. Er selbst habe früher, als er noch Sozialist war, solche Kleidung getragen.

Wenn die Faschisten einen Führer brauchten, dann müßten sie immer warten, bis ein Sozialist verrückt geworden sei.

Am Schluß der Aussprache sagte der Reichstagspräsident Genosse Loebe das Ergebnis dahin zusammen, daß der Reichstag die sachlich ungerechtfertigten und in der Form beleidigenden Ausfälle Mussolinis mit Nachdruck zurückweise.

Baldwin rückt von Mussolini ab.

Bemerkenswerte Szenen im englischen Unterhause.

London, 9. Feber. Die gestrige Unterhausdebatte über das Verhältnis Englands zu Italien, in der, wie gemeldet, Baldwin eine scharfe Abfrage an Rom erteilte, hatte stellenweise einen geradezu dramatischen Charakter. Kennworthy, das enfant terrible der Liberalen, stellte die sehr ruhig formulierte Anfrage, ob die Schuldenregelung mit Italien irgendwie mit einem politischen Nebenabkommen verbunden sei. Eine solche Frage

wird gewohnheitsmäßig Chamberlain übertragen. Gekrönt aber sprach Baldwin auf und brüllte mit verbissener Stimme die Antwort entgegen: „No, Sir!“ Dabei machte er eine äußerst abweisende Handbewegung, als ob

eine enge politische Gemeinschaft mit dem Italien Mussolinis für ihn ein Ding moralischer Unmöglichkeit sei.

Darauf stellte Chamberlain Ergänzungsfragen, die Baldwin ebenso bestimmt und schroff verneinend beantwortete. Chamberlain und Churchill, die Verhandlungspartner von Mussolini und Solpi in Rapallo und London, nickten energisch bekräftigend mit den Köpfen. Es gab Beifallstürme.

Daran schloß sich die Ansprache über Ersparnisse in der Unterrichtsverwaltung. Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei, ein kleiner aufgeregter Volksschullehrer, schrie plötzlich in den Saal hinein: „Wir wollen nicht an unseren Kindern um der guten Laune eines Mussolini willen sparen müssen.“

Diese Aeusßerung löste demonstrativen Beifall, geführt von der Ministerbank, aus. Ein junger Abgeordneter machte unter schallendem Gelächter den Zwischenruf: „Rege dich über Mussolini nicht auf. Er ist Wilhelm der Achste!“

Einberufung des Völkerbundrates für den 12. Feber.

Genf, 9. Feber. (Savas.) Infolge des Besuches Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund wurde auf den 12. Feber der Völkerbundrat einberufen, um den Termin der außerordentlichen Sitzung festzusetzen, in welcher über das Gesicht Deutschlands entschieden werden soll.

Geheime Monarchistenberatungen in Berlin.

Der Kronprinz holt in Doorn neue Weisungen ein.

Berlin, 9. Feber. (Eigenbericht.) Im Rechtsausschuß des Reichstages, machte heute Genosse Rosenfeld die aufsehenerregende Mitteilung, daß Ende Jänner in Berlin zwei Zusammenkünfte stattgefunden hätten, an denen der ehemalige deutsche Kronprinz, Vertreter der Hohenzollernschen Vermögensverwaltung und deutschnationale Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben. Der Kronprinz ist unmittelbar darauf nach Holland gefahren, wahrscheinlich wohl, um sich von seinem Vater weitere Instruktionen zu holen.

Die deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses erklärten hiezu, daß sie selbst nicht an diesen Beratungen teilgenommen hätten; es werde sich wahrscheinlich um andere Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion gehandelt haben.

Die Witwe Matteotti

hat kein Vertrauen in die faschistische Justiz. Paris, 9. Feber. Das in Paris erscheinende italienische oppositionelle Tagesblatt „Corriere degli Italiani“ bringt einen Artikel des Advokaten der Witwe Matteotti, in welchem er einen Brief der Letzteren an den Gerichtshof reproduziert. Frau Matteotti schreibt, nach den bisherigen Erfahrungen glaube sie nicht an eine gerechte Untersuchung der Affäre, bezüglich welcher sie das Urteil der Geschichte überläßt. Sie habe deshalb jedes Interesse an dem Prozesse verloren und ersuche, zu seinen weiteren Verhören und Zeugenbefragungen nicht vorgeladen zu werden, denn es schade ihr, daß sie damit das Andenken an den Verbliebenen verletzen würde.

Die Lösung der englischen Kohlenkrise.

Aufhebung der Abgaben an die Grundbesitzer. — Zweckmäßige Betriebsführung.

London, 9. Feber. (Eigenbericht.) Der Ausschuß für den Kohlenbergbau hat seinen Bericht fertiggestellt und ihn Baldwin zwecks Erörterung im Kabinett eingereicht. Der Ausschuß erklärt sich gegen alle Vorschläge der Grundbesitzer. Eine Ausdehnung der Arbeitszeit und eine Herabsetzung der Löhne seien wirtschaftlich völlig ungerechtfertigt. Die Sanierung des Kohlenbergbaues erfordere als ersten Schritt die Verstaatlichung aller Kohlengrubenbesitzer durch Austausch derjenigen Grundbesitzer, die von den Kohlengruben, die auf oder unter ihrem Grund und Boden betrieben werden, eine die Rentabilität gefährdende Privatabgabe nach den bisherigen englischen Gesetzen fordern. Unrentable Gruben sollen geschlos-

sen werden; die hiedurch arbeitslos gewordenen Bergarbeiter sollen beim Ausbau neuer Kohlenfelder und der Erweiterung rentabler Gruben Beschäftigung finden. Die Gruben sollen nach wirtschaftlich zweckmäßigen Bezirken in Syndikate zusammengefaßt werden, die unter Staatsaufsicht dafür zu sorgen haben, daß nur rentable Gruben betrieben werden, und ferner die systematische Ausnützung aller Nebenprodukte der Kohlendestillation organisieren.

Dieser Plan hat anscheinend die Zustimmung der Regierung gefunden, da Baldwin nachts im Unterhaus eine Erklärung abgab, er habe die Hoffnung, daß die Kohlenkrise bis zum Sommer geregelt sein werde.

Vor verzweifelten Schritten Bethlens?

Wien, 9. Feber. Der „Abend“ läßt sich aus Budapest berichten, daß Bethlen jetzt verzweifelte Schritte unternahme, um die Macht weiter zu behalten. Da er sieht, daß ihn das Parlament und die Grafen im Stich gelassen haben, wende er sich jetzt an die Geheimverbände. Bethlen habe sich an Ivan Pallas und Michael Francis-Rix gewendet, sie mögen ihre Geheimverbände gegen Budapest mobilisieren. Alle diese Verbände sowie die militärisch organisierten Geheimverbände des Abg. Gömbös sollen nach einem alten Plan Ivan Pallas' bewaffnet gegen Budapest marschieren und die Macht Bethlens retten. Dies solle bereits in den nächsten Tagen erfolgen.

Die politischen Ziele der Fällmer.

Einzelheiten aus der Aussage Rankovichs. Budapest, 9. Feber. Die Blätter wissen über Einzelheiten aus den Aussagen Rankovichs zu berichten. Darnach soll Rankovich, nachdem er anfangs jede Aussage verweigert hatte, später gestanden haben, daß er die falschen Franknoten vom Prinzen Windischgrätz erhielt. Der Zweck der Fällmung sei gewesen, daß eine irredentistische Gruppe das gegenwärtige Regime stürze und die Macht an sich reiße. Ein weiterer Zweck sei gewesen, die Integrität Ungarns wiederherzustellen und schließlich sich an Frankreich wegen des Trianoner Vertrages zu rächen. Rankovich sei der Schachmeister des Fällmerkonsortiums gewesen.

Inland.

Die Koalitionsberatungen.

Im Abgeordnetenhaus waren tagsüber die Koalitionsberatungen in vollem Gange und sie sollen erst in den nächsten Tagen ihren Abschluß finden. Zur Zeit ist im Plenum der Koalitionsräteperschäften keiner der vielen Streitpunkte gelöst, die Schwierigkeiten bestehen nach wie vor fort. Anders soll es im Ministerrat sein. Der Ministerrat hielt in der Nacht von Montag auf Dienstag eine Sitzung ab, die bis 4 Uhr früh dauerte. Der Ministerrat sollte über die Forderungen der verschiedenen Parteien zur Staatsbeamtenvorlage, insbesondere über die Forderung der tschechischen Sozialdemokraten entscheiden. Die tschechischen Sozialdemokraten werden von den Gewerkschaften der Staatsangestellten dazu gedrängt, auf ihren Änderungsansprüchen zu beharren, ja von ihrer Annahme die Unterstützung des Gesetzes überhaupt abhängig zu machen. Die tschechischen Sozialdemokraten haben ihre Forderungen in vier Punkten zusammengefaßt. Weiters sollte der Ministerrat über die Bedeutung entscheiden. Minister Englis droht mit seiner Demission, falls sein Bedingungsantrag nicht durchgeht. Interessant ist hiebei, daß sich die „Partei der nationalen Arbeit“ gegen Dr. Englis Bedingungspläne geäußert hat, obwohl Dr. Englis als Exponent dieser Partei in der Regierung galt. Diese Stellungnahme dürfte Dr. Englis Entschluß, in die tschechische Agrarpartei einzutreten, beschleunigen. Eine weitere Schwierigkeit der Koalition bildet die Frage der Novellierung des Wehrgesetzes — eine Forderung, die vom Generalstab ausgeht, der eine 18monatige Dienstzeit auch weiterhin verlangt. Für diese Forderung sind zwar die tschechischen Nationalsozialisten gewonnen, die tschechischen Sozialdemokraten lehnen sie aber strikt ab. Die dritte Gefahr für die Koalition ist der unerledigte Streit um das Senatspräsidium. Man hält eine Kampfabstimmung im Plenum nicht für ausgeschlossen, wobei man natürlich weiß, daß eine derartige Kampfabstimmung der Koalition den Kräftebruch bringen könnte. Welche Beschlüsse der Ministerrat in all diesen Fragen faßte — seine Sitzung soll stellenweise sehr bewegt gewesen sein — ist zur Stunde noch unbekannt. Es heißt jedoch, der Ministerrat sei einig geworden. Am Vormittag besprach man auch den Plan, die Rückkehr Tomaceks ins Präsidium des Abgeordnetenhauses zu ermöglichen, wobei Malypetr mit der Stelle eines Generaldirektors der Hypothekbank „schadlos gehalten“ werden soll.

richtigkeit der Koalition bildet die Frage der Novellierung des Wehrgesetzes — eine Forderung, die vom Generalstab ausgeht, der eine 18monatige Dienstzeit auch weiterhin verlangt. Für diese Forderung sind zwar die tschechischen Nationalsozialisten gewonnen, die tschechischen Sozialdemokraten lehnen sie aber strikt ab. Die dritte Gefahr für die Koalition ist der unerledigte Streit um das Senatspräsidium. Man hält eine Kampfabstimmung im Plenum nicht für ausgeschlossen, wobei man natürlich weiß, daß eine derartige Kampfabstimmung der Koalition den Kräftebruch bringen könnte. Welche Beschlüsse der Ministerrat in all diesen Fragen faßte — seine Sitzung soll stellenweise sehr bewegt gewesen sein — ist zur Stunde noch unbekannt. Es heißt jedoch, der Ministerrat sei einig geworden. Am Vormittag besprach man auch den Plan, die Rückkehr Tomaceks ins Präsidium des Abgeordnetenhauses zu ermöglichen, wobei Malypetr mit der Stelle eines Generaldirektors der Hypothekbank „schadlos gehalten“ werden soll.

Mussolini und der tschechische Nationalismus.

Mussolini hat in seiner Rede gegen die Deutschen bekanntlich die Befandlung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei als Rechtfertigung seiner eigenen Methoden angeführt. So unberechtigt der Vergleich sein mag, wenn man nur an den Grad der Unterdrückung denkt, der in Südtirol heute schon durch die gewalttätige Romanisierung der Familiennamen und durch die gänzliche Abschaffung des deutschen Unterrichts gekennzeichnet ist. Bedenkt man aber,

was Mussolini auch erwähnte, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei weit mehr als zehnmal so stark sind als die Deutschen Südtirols und daß sie im Verhältnis zu der übrigen Bevölkerung bei uns wie 1 zu 4, im Verhältnis zu den Tschechen allein wie 1 zu 2 stehen, während die Zahl der Tiroler Deutschen sich wie 1 zu 100 zu der des Staatsvolkes verhält, so sieht man, daß Mussolini in dem einen Punkt nicht ganz Unrecht hat. Ob sich durch das Beispiel der tschechischen Minderheitenpolitik aber die Praxis des Faschismus entschuldigen oder rechtfertigen läßt, das ist eine andere Frage. Es war bisher immer so, daß sich die tschechischen Nationalisten auf Italien, die Italiener auf die Tschechen berufen haben. Und wenn nicht gelegentlich der eine Teil die Behauptungen des andern zurückgewiesen hätte, so könnte man an eine gegenseitige Versicherungsgesellschaft glauben.

Diesmal verhält sich die tschechische Presse aber auffallend still. Einige Blätter rücken mit Erwidierungen aus, wenn man sich aber nach der offiziellen „Ceskoslovenská Republika“ richten will, dann haben die Tschechen keinen Anlaß, den Behauptungen Mussolinis zu widersprechen. Das Blatt der Regierung übergeht Mussolinis interessante „Rechtfertigung“ eines Unrechts durch ein anderes mit Schweigen. Interessant ist aber auch die ganze Einstellung des Regierungsblattes zu den Ausschreitungen des paralytischen Faschistenhüptlings. Während die englische Presse über den Friedensstörer entrüstet ist, während die französische Linkspresse sich gegen ihn wendet, das englische Unterhaus sehr deutlich seiner Stimmung Ausdruck gibt und sogar die konservative Regierung Englands von dem größtentwahnsinnigen Duce abriecht, findet das Blatt der Regierung Soehlas nur Worte gegen — Held. Nicht der Gewaltpolitiker, sondern der Anwalt der Unterdrückten ist schuldig. Mussolini hat auf den Angriff des bayerischen Politikers, der im wesentlichen nur eine Beschwerde war, mit einem Angriff auf die deutsche Nation, die deutsche Kultur und das Deutsche Reich geantwortet; er hat Kriegsdrohungen ausgesprochen und ein Annexionsprogramm entwickelt. Die Presse der Herren Soehla und Venes weiß dazu nichts anderes zu sagen als ein albernes: Schuld ist der Held. Es kommt schließlich darauf hinaus, daß man einen Psychopathen wie Mussolini eben nicht reizen dürfe. Das Regierungsblatt versteigt sich sogar zu der Kühnheit, dem Mussolini zu den Sorgen mit den schrecklichen Deutschen das Beileid auszusprechen. Sie könnten die „deutsche Nervosität in Sachen der Minderheiten“ verstehen. Die Deutschen seien früher nirgends eine nationale Minderheit gewesen (auch nicht in Ungarn, Rußland und streng genommen auch in Oesterreich, dessen slavischer Charakter sich unter Toafe und Baden immerhin auswirkte?), sie könnten nicht davon ablassen, ihre alten „Privilegien“ zu verlangen und so sei es wahrscheinlich auch in Tirol.

Wenn ein chauvinistisches Parteiblatt schon den geistreichen Standpunkt vertritt, daß der Kampf um die nationale Existenz eines Volkes die Forderung nach „Privilegien“ sei, so wäre das Sache der Partei, die sich solche Argumente leistet. Aber die Regierung, in der doch auch Sozialisten, also Gegner des Faschismus (wie wir doch glauben wollen!) sitzen, könnte in ihrer Presse eine andere Argumentation ins Treffen führen. Wenn nach der Ansicht der „CSL Republika“ Geld „del ins Feuer gegossen“ hat, so müssen wir eben diesen Ausdruck noch als die mildeste Bezeichnung dessen ansehen, was die offizielle Presse dieses Landes im vorliegenden Falle tut.

Copyright durch Wilhelm Goldmanns Verlag, Leipzig, 1926

Die Goldwähler am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

45 von Emil Dronberg

Während sich aber Mr. und Mrs. Paterson dem großen Gefühl hingeben konnten, den schlimmsten Teil ihrer Reise hinter sich zu haben, und nur noch hoffen, daß der Schnee vorhin liegen würde, bis sie ihr Ziel erreicht hätten, lag es auf Echers Gemüt wie ein dumpfer, schwerer Druck, — denn hier würde sich Eileen von ihnen trennen. Sein Verhältnis zu dem Mädchen war nicht mehr ganz dasselbe wie vorher. Das unbefangene kameradschaftliche Vertrauensverhältnis war gewichen, und etwas Fremdes, Unbestimmtes, aber wunderbar Ahnungsvolles war zwischen sie getreten. Etwas, das Eileen unsicher und zurückhaltend machte und eine Schranke zwischen ihnen aufzurichten schien, während doch ein geheimes, aber schier übermächtiges Gefühl, über das er sich unter den dauernden Aufregungen, Beschwerden und der harten Arbeit auf dem Trail noch gar keine Gedanken hatte machen können, ihn drängte, sie an sich zu reißen, um sie festzuhalten für immer — immer — sie, deren Tapferkeit und Ausdauer, mit der sie alle Klagen alle Gefahren und Strapazen ertrug, er bewundern gelernt hatte.

Er empfand es deutlich, aus hundert kleinen, feinen Rügen, unbestimmt jeder einzelne, als daß sie sich verhaltenemäßig hätten als Beweisgänger wie eine Kette aneinanderreihen lassen, daß sie eine andere geworden war seit jener Nacht im Wärd unter dem gemeinlichlichen Felt, als er ihre Hand gefaßt und gedrückt und ihren Gebendruck gefühlt hatte. Seit dieser Nacht war ein fremdes in ihr zum Leben erwacht. Sie war nicht mehr das Mädchen, das sie vorher ge-

wesen, das sich unbedacht in ein Abenteuer gestürzt, von dessen Größe sie keine Vorstellung hatte, das aber dann bereit gewesen war, alle Entbehrungen und Beschwerden tapfer und mutig wie ein Mann zu ertragen und aus dessen großen, immer wie verblühter in die Welt blickenden Augen eine reine, unbefangene Kinderseele geschaut hatte.

Wenn er jetzt auf sie blickte und sie es bemerkte, dann senkte sie ihre Lider oder wandte den Blick ab, als fürchte sie das Fremde, das jetzt in ihr auflebte, und das sie wohl selbst empfand, wenn sie sich vielleicht auch keine Rechenschaft darüber gab, warum es unter der Wahrnehmung seiner Blicke jedesmal ein brennendes Rot in ihre Wangen jagte.

Rürnte sie ihm, daß er ihre Schwäche und Hilflosigkeit in jenem Augenblick mißbraucht hatte, als er ihre Hand ergriff?

Aber wenn sie fürchte, dann konnte sie nicht mehr Kind, dann mußte das Weib in ihr erwacht sein, denn ein Kind würde den heissen Händedruck nur mit herzlichem Dank empfinden haben.

Und wenn das Weib in ihr erwacht war — unter seinem Händedruck erwacht — vielleicht auch schon vorher, über doch zum ersten Male in ihrem Bewußtsein unter seinem Händedruck — dann, ja, dann mußte dasselbe Wunder einer unendlich süßen schillernden Offenbarung über sie gekommen sein, wie er es an sich entdeckt hatte.

Wann? Er wußte es nicht. Es war ja auch gleichgültig. Es war da und ihm zum Bewußtsein gekommen, als er daran dachte, daß jetzt der Augenblick der Trennung von ihr gekommen war, und der Gedanke ihm ein so seltsames, schneidendes Weh bereitet und mit einem Gefühl der Furcht vor der kommenden Vereinsamung erfüllt hatte. Frauen waren ihm in seinem Leben, durch das er mit offenen Augen gegangen war, ja nicht unbekannt geblieben. Er hatte sogar eine Schülerinbekannte gekannt, die ihn mit ihrer poetischen Reiu-

heit unlagbar selig gemacht und deren Erinnerung ihn wie etwas Heiliges durch sein ganzes späteres Leben der Arbeit, Sorge und Kämpfe begleitet hatte. Er hatte die damalige Uberschwänglichkeit der Gefühle nicht einmal belächelt, wie es nicht-terne, praktische Menschen wohl zu tun pflegen. Sein Leben wäre ihm im Gegenteil trostlos armselig erschienen, wenn er sich nicht manchmal in einer einsamen Stunde aus der Welt harten Moments, der Erfolge und Niederlagen hätte zurückzuziehen können in diese Zeit selbigen Uberschwanges.

Und doch war das jetzt alles wie ausgelöscht. Es war ihm, als habe er zum ersten Male das purpurne Klammern eines Sonnenaufganges geschaut. Und es tat ihm weh, wenn er daran dachte, daß diese strahlende Sonne wieder untergehen und die Welt — seine Welt — in grauem Schatten liegen würde, in dem Augenblicke, wo Eileens Hand sich mit einem letzten Abschiedsdruck aus der seinen lösen würde.

Daß sie Neuliches empfand, wagte er nicht zu hoffen?

Was war er denn, um darauf zu hoffen? Ein Abenteuerer, der jeden Tag sich keine Existenzen von neuem erkämpfen mußte. Von gutem Aussehen, ja, aber doch nicht besser, als tausend andere.

Und durfte er zu ihr sprechen, wie er es gern getan hätte? Sie bitten, ihr Schicksal an das eines wandernden Goldsuchers zu binden, denn vielleicht nichts als Mißerfolge und Not erwarteten?

Sie hätte vielleicht eingewilligt. Aber konnte er sicher sein, daß sie sich selbst schon über ihre Gefühle klar war? Es hätte doch zu sehr ausgesehen, als ob er ihre jetzige Notlage benützt habe, um ihr ein boreiliges, unüberlegtes Versprechen abzufordern, das sie halten würde — dazu konnte er sie zu gut — auch wenn sie es später bereute. Und dann war doch auch noch der Vater, den sie suchen ging und der vielleicht ganz andere Pläne mit ihr hatte.

Sie war überzeugt, ihn auf dem ihr von dem Fremden bezeichneten Claim westlich von Fort Nelson zu finden. Sicher konnte diese Ueberzeugung keine etwas teilen, aber auch keinen bestimmten Grund für seine Zweifel anführen. Zuletzt begann er den Verdacht zu hegen, daß es nur die geheime Furcht sei, sie für immer aus seinem Leben gehen zu sehen, die ihn so hartnäckig an der Nichtigkeit der ihr gewordenen Mitteilung zweifeln ließ.

Könnte er sie denn über allein die weite Reise nach dort unternehmen lassen?

Das zwang ihn denn, gerade nach Dawson zu gehen? Von anderen Reisenden hatten sie bereits gehört, daß auch in der Gegend um Fort Nelson und besonders auch am Hoot-lingua Creek Goldfunde gemacht worden waren. Insofern hatte sich also die Nachricht des Fremden als zutreffend erwiesen, was Eileen in ihrem Mauden auch an die Möglichkeit der Mitteilungen über ihren Vater nur bestärkt hatte.

Aber das war eine Frage, die auch noch morgen oder übermorgen entschieden werden konnte. Zuerst wollte er seinen Verdict ablassen, um all die wirren Bilder, die er dafür in seinem Gedächtnis aufgestapelt hatte, aus dem Kopfe zu bekommen.

Sie hatten in einem der erst vor wenigen Wochen erst abenen „Hotels“, einer großen Bretterbude, wie die in Stoguan, Unterkunft gefunden, in dem es von Gästen wimmelte, die alle Räume, und nicht zuletzt den Tanz- und den Trinksalon füllten.

Zu Echers und Eileens nicht gerade angenehmer Ueberraschung langte kaum eine Stunde später auch Lynn mit der anderen Miß Malony und seinem Gehilfen an. Sie mußten sich damit abfinden, Echer beschloß aber, den Mann genau zu beobachten, sonst aber eine Berührung mit ihm möglichst zu vermeiden.

(Fortsetzung folgt.)

Bemerkungen zur Sprachenverordnung.

Von Dr. Egon Schwebel.

II.

Sprachengesetz und Sprachenverordnung teilen die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik, wie bekannt, in zwei große Gruppen ein: In Angehörige der Staatsprache und Angehörige der Minderheitsprache. Die Rechtsordnung muß daher Merkmale festsetzen, nach welchen die Einteilung der mit den Behörden in Berührung kommenden physischen und juristischen Personen in diese beiden Gruppen zu vollziehen ist. Diese Aufgabe besorgt Art. 16 der Sprachenverordnung, allerdings in einer die Klarheit und Rechtssicherheit nicht gerade fördernden Weise: Für den schriftlichen Verkehr mit der Behörde wird zunächst auf die Sprache der Eingabe abgestellt in der Weise, daß die Zugehörigkeit zur Minderheit nach der Sprache, in der die Eingabe abgefaßt ist, zu beurteilen ist, wenn nicht der Behörde bekannt ist, daß die Partei Angehörige einer anderen Sprache ist. In Zweifelsfällen, d. i. wenn die Behörde gewichtige Zweifel darüber hat, daß die Partei eine Angehörige der Minderheitsprache ist, in welcher die Eingabe verfaßt ist, kann sie eine mündliche oder schriftliche Erklärung abverlangen. Bei mündlichem Verkehr wird wieder umgekehrt verfahren: die Partei, welche in einer Minderheitsprache verhandeln will, ist stets nach ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zu fragen, wenn sie nicht zweifelsfrei feststeht. Was dies bei Personen bedeutet, die entweder ihrer Stellung nach von der Staatsverwaltung oder einem tschechischen Privatunternehmer abhängig oder im einzelnen Fall auf das Wohlwollen der Beamten angewiesen sind, braucht wohl nicht gesagt zu werden.

Artikel 16 enthält in seinem dritten Absätze besondere Bestimmungen über juristische Personen und ihnen ähnliche Personenverbindungen (z. B. Handelsgesellschaften). Hierbei ist in der Verordnung nicht gesagt, daß die eben zitierten allgemeinen Normen für juristische Personen nicht gelten.

Es bleibt also fraglich, ob für juristische Personen die besonderen für sie gegebenen Bestimmungen nur subsidiär, wenn die allgemeinen versagen, gelten, oder ob die allgemeinen Bestimmungen durch die besonderen, für juristische Personen gegebenen ausgeschlossen werden.

Diese aber sehen folgendermaßen aus:

Bei juristischen Personen, ihnen ähnlichen selbständigen Rechtssubjekten, ferner bei Selbstverwaltungsbehörden, Vertretungskörperschaften, Kirchenämtern und anderen Korporationen ist zu berücksichtigen, in welcher Sprache sie in einem öffentlichen Register eingetragen sind, oder welche Geschäftssprache sie nach ihren Statuten, nach ihrer Geschäftsordnung oder nach anderen internen Vorschriften haben, eventuell im Sinne dieser Verordnung; wenn sie mehrere Geschäftssprachen haben, ist die Staatsprache entscheidend, wenn sie auch eine Sprache der Eintragung oder eine der Geschäftssprachen ist; sonst die Sprache, die hier an erster Stelle angeführt ist.

Wir sehen ein großes Durcheinander verschiedener Kriterien, deren Rangordnung untereinander durchaus nicht klar ist. Ist dann, wenn trotz einer Eintragung in ein öffentliches Register, als auch eine statutenmäßig festgelegte Geschäftssprache besteht und die Sprache der Eintragung von der Geschäftssprache verschieden ist, die Eintragung oder das Statut maßgebend?

Da die Eintragung im öffentlichen Register an erster Stelle genannt ist, wird wohl in erster Linie sie entscheidend sein. Dieser Schluß ist aber durchaus nicht zwingend, da er mit triftigen sachlichen Erwägungen im Widerspruch steht. Der Natur der Sache nach sollte doch eine in den Statuten begründete oder sonst von der Korporation beschlossene Sprache dem Zufall der Eintragung ins Handels- oder Genossenschaftsregister, die nicht immer dem Willen der Korporation entsprechen muß, vorgehen.

Also: Unklarheit über Unklarheit.

Der letzte Absatz setzt für unrichtige Angaben über die sprachliche Zugehörigkeit Ordnungstrafen bis zu 1000 K fest. Diese Strafnorm bietet eine um so größere Möglichkeit zur Schilfrierung der Bevölkerung, als die Bestimmungen über die Zugehörigkeit zur Staats- resp. zur Minderheitsprache, wie dargestellt wurde, außerordentlich kompliziert und unklar sind.

Die Strafe von 1000 K ist in diesem Zusammenhang auch für unrichtige Angaben in bezug auf die Sprachkenntnisse angedroht. Eine solche Straffunktion ist vollkommen unberechtigt, denn für die Frage, ob einer Partei die aus der Zugehörigkeit zur Minderheitsprache fließenden Sprachenrechte zustehen, sind ihre Kenntnisse vollkommen unentscheidend. Auch ein Deutscher, der der Staatsprache vollkommen mächtig ist, hat unter den sonstigen Voraussetzungen ein subjektives Recht auf den Gebrauch seiner Muttersprache vor den Behörden. Die Frage der Sprachkenntnisse kommt nur bei Behörden ohne Minderheiten in Betracht und diesbezüglich enthält ja die Verordnung Strafbestimmungen an anderer Stelle.

Zum Glück sind aber alle diese Strafbestimmungen nicht gefährlich, weil sie verfassungswidrig und daher ungültig sind: § 111 der tschechoslowakischen Verfassung enthält die seit mehr als einem Jahrhundert allgemein anerkannte Vorschrift, daß nur auf Grund eines Gesetzes Strafen angedroht und auferlegt werden können. Eine Verordnung kann keine Straffunktionen aufstellen, nach Ansicht vieler Rechts-

lehrer selbst dann nicht, wenn sie vom Gesetze hierzu ausdrücklich ermächtigt wird. Eine solche Ermächtigung liegt aber hier überhaupt nicht vor. Sie ist insbesondere nicht in der von der Verordnung zitierten Bestimmung des § 8, Absatz 4, des Sprachgesetzes zu erblicken, die die Verordnung bloß ermächtigt hat, Vorschriften zu dem Zwecke zu erlassen, daß die erfolgreiche

Durchführung des Gesetzes sichergestellt werde. Das Oberste Verwaltungsgericht wird daher alle auf Grund der Strafnormen der Sprachenverordnung verhängten Strafverfügungen als im Gesetze nicht begründet aufheben müssen, wenn es nicht die Verletzung des primitivsten Grundsatzes jeder rechtsstaatlichen Ordnung gutheißen will, der da lautet: nulla poena sine lege.

Verlorene Dörfer, verlassene Menschen..

Bilder aus dem ärmsten Böhmerwald

I.

Es gibt Brennpunkte des menschlichen Elends, Gebiete, die mit magnetischer Kraft die sozialen Uebel ihrer Zeit anziehen, Menschen, die dazu verdammt sind, auf ihren Schultern die Hauptlast des Unglücks ganzer Klassen und Generationen zu tragen. Ein solcher Brennpunkt sind die weitverlorenen deutschen Walddörfer, die von Laus herauf durch die Bezirke Konspurg und Hostau der bayerischen Grenze entlang ziehen. Dort palst das Wirtschaftselend zweier Staaten aufeinander, dort haust eine kleine Reservearmee von Arbeitsmenschen, die gemäß ihrer Herkunft und sozialen Stellung als das letzte Glied in den mitteleuropäischen Produktionsprozess eingereiht wurden, so oft er zu voller Entfaltung kam. Einst rief sie die gewaltige Anziehungskraft von Deutschlands pulsierendem Wirtschaftskörper aus ihren Hütten heraus, sie folgten der Fahrt des täg-

lichen Bild erwartet, doch was wir gleich am Ausgangspunkt dieser sozialen Wanderung sahen und erleben, übertraf unsere Befürchtungen. Nur der Pinsel eines großen Künstlers könnte den trostlosen Eindruck wiedergeben, den die mit verhärmten und verzagten Menschen übervolle Wirtschaft bot. Die Gestirte teilweise abgabraut vor Entbehrung oder aufgedunsen und mit dem typischen feuchten Glanze bedeckt, der die verschiedenen Stadien der Unterernährung verortet. Die Bekleidung im Durchschnitt armelig, aber doch vielfach auf ein verzweifeltstes Bemühen hinweisend, die Zugehörigkeit zum Lumpenproletariat wenigstens äußerlich zu verbergen. Wir hielten keine Referate, sondern sagten in wenigen Sätzen, daß wir gekommen seien, von ihnen Auskunft über ihre Verhältnisse zu holen. Damit geriet die graue Masse der Teilnehmer in Bewegung. Die einen hatten den Mut, aufzustehen und ihr Elend aus gepeinigtem Herzen herauszu-



In der „Wohnung“ eines Innmannes.

lichen Brotes bis in das wogende Getriebe seiner industriellen Bezirke, in die stillen Winkel seiner landwirtschaftlichen Provinzen. Ließ diese Anziehungskraft auch nur vorübergehend nach — und das geschah regelmäßig während der Wintermonate — wurden sie als die ersten aus dem Kreis der Schaffenden gestofen und sie stoben vor dem Schreden des großstädtischen Arbeitsloseneulds zurück in die heimatischen Dörfer, hier mit Weib und Kind an der Seite in mannigfacher Form den Kampf gegen die liebe Not weiterführend. So entstanden jene Doppelexistenzen oder richtiger Halbexistenzen, die in West- und Nordböhmen unter dem Namen Zschengänger, Bayerngänger in Südböhmen als „Fortgeber“ bekannt sind. Je nach der Qualität der in der Fremde geleisteten Arbeit und der Möglichkeit eines Nebenverdienstes in der Heimat schwankte ihre soziale Lage, die aber in der Regel viel schlechter war als die des festhaften Industrieproletariats. Als die Kriegsjahre den tiefsten Arbeitslosendruck der Industriezentren in chronische Arbeitslosigkeit anschlagen ließen, traf dieser Wandel am schwersten jene Arbeiterschichte, die den letzten Fernwirkungen dieses Mechanismus zu gehorchen bestimmt war. Die Not der Einheimischen geht überall vor, wo die Quellen des Brotverdienstes konzentriert sind, die kompakten Massen der industriellen Arbeitslosenkreise erzwingen sich eher Verdrängung und leidliche Fürsorge als ihre Leidensbrüder in den entlegenen Dorffiedlungen, denn das in tausenden einsamer Hütten verdrängte Elend hört auf, eine wirkende politische Kraft zu sein. Solange es in den Städten und Industriegebieten Arbeitslose gibt, müssen die arbeitslosen Dorfsproletarier warten und ganz besonders die unqualifizierten Wanderarbeiter müssen immerfort warten, solange die Wirtschaftskrise ihre qualifizierten Arbeitsbrüder zwingt, jede, auch die armeligste Beschäftigung anzunehmen. In dem dichtbevölkerten Grenzgebiete, das der Gegenstand der folgenden Schilderungen ist, sind nun mehr als 3000 Wanderarbeiter seit Kriegsende dazu verurteilt, zu warten, bis der Produktionsapparat Mitteleuropas die Reservearmee der ungeschulten Arbeitskräfte wieder mobilisiert. Von ihnen, die unfer nachkriegszeitlicher Wirtschaftskammer vielleicht am grausamsten getroffen hat, handeln die nachfolgenden Berichte.

Vollman.

Von der tschechischen Grenzstation Kubice (vor Furth im Walde) führte uns Genosse Breitfelder nach Vollman in die erste Arbeitslosenversammlung. Wir hatten kein erfreu-

schreiben, die anderen kamen verschämt herbeigehlichen, um uns unter vier Augen zu sagen, daß sie und die ihren den bittersten Hunger leiden. Ein jüngerer Mann, der Typus des „willigen Arbeiters“, stand auf und schilderte mit Tränen der Verzweiflung kämpfend sein Los. Er hatte in Bayern eine gute Stellung, mußte dann in die Tschechoslowakei einrücken. Als er 1923 militärfrei wurde, konnte er nicht mehr zurück. Eine Zeitslang hat er sich bei den Rotstandsarbeiten durchgeschlagen, als auch diese Arbeit zu Ende ging, war es „nimmer anzuhalten“. Im Febr. 1925 packte er sein junges Weib und Kind zusammen, wanderte zu Fuß bis Straubing ins Baverische hinein. Ein Bauer nahm sie endlich in Arbeit und schützte sie, weil er zufrieden war, vor den Ausweitungsgelüsten der Gendarmerie. Im Herbst mußte er zurück, fand in der eklekten Mietwohnung die Möbel herausgestellt, wanderte eine Woche von Stall zu Stall, bis die Gemeinde eine neue Unterkunft verschaffte. Wir besichtigten sie später: Ein niedriger Raum, 2,30 Meter lang, 2 Meter breit; Mobiliar: ein Bett und ein kleines Bänkchen. Darunter vielleicht fünf Kilogramm Kartoffeln als ganzer Lebensmittelvorrat. Auf dem Fensterbrett lauert ein vierjähriger blauer Junge, das junge Weib ist hochschwanger. Sie soll wieder mit nach Bayern wandern.

Von den Schwierigkeiten, in Bayern Arbeit zu finden, wird in der Versammlung noch mehr berichtet. Ein Besuch von Vormerk an das zuständige Arbeitsamt kostet fünf Mark. Arbeit wird erst zugewiesen, wenn alle Einheimischen versorgt sind. Gegenwärtig ist nur ein Unterkommen bei Bauern möglich. „Es kann sich aber keiner halten“, d. h. für den Winter einige Ersparnisse machen.

Sie leben von der „Jagd“.

Die meisten kommen aber gar nicht über die bayerische Grenze hinaus. Sie müssen daheim bleiben und — verhungern. Ein entlassener Oberbauarbeiter, der bei unserem Tische sitzt, gesteht, daß er mit fünf kleinen Kindern schon seit Wochen nichts zu essen hat. Sein Aussehen ist Beweis. Ein alter „Innmann“ (Tagelöhner bei einem Bauernhof) erzählt vom Schicksal seiner Tochter. Ihr Mann ist an Unterernährung gestorben. Jetzt fällt sie mit vier Kindern von 3—12 Jahren den bettelarmen Eltern zur Last. Ein Unterstützungsantrag wurde von der Gemeinde abgewiesen mit der Begründung: „Sie soll arbeiten!“ Aber wo? Einer erzählt: Er war im Bayerischen bei einem Baron Boitenberg in Arbeit. Weil er sich weigerte, halb-

tägige Arbeit und dazu die ganze Nacht Waiddienste zu leisten — alles zusammen um 9 Stundenlöhne — wurde er entlassen. Er ist nun schon lange arbeitslos, hat eine Frau mit einem achtmonatlichen Säugling daheim.

„Ja wovon lebt Ihr denn?“ Der Befragte klopft mit harten Knöcheln auf den Tisch:

„Betteln muß ich gehn!“

„Jawohl“ — bestätigt ein älterer Arbeiter — „wenn die Versammlung vorbei ist, müssen wir den Rucksack nehmen und auf die Jagd gehen.“ Er hat 26 Jahre in Bayern gearbeitet, wurde von dort 1923 wegen „Kommunismus“ ausgewiesen, nachdem er zuvor mit vier Kindern vier Wochen in der Festung Ingolstadt interniert war. Nun wohnt dieser Witwer mit den Seinen im Gemeindegarten, die Kartoffeln und ein wenig Waid, was sie zum vegetieren brauchen, holt er auf der Bettelreise. Da nun mit dem Geständnis der beiden die falsche Scham der anderen gebrochen ist, wird von vielen bestätigt, daß sie schon seit Wochen und Monaten vom Betteln leben. Allerdings droht dabei nicht nur die Gefahr, sondern auch das Verhängnis, wegen „Vagabundage“ hohngenommen und eingeliefert zu werden. Wie berechtigt war da der Radikalismus eines Arbeitslosen, der in der Versammlung hincinführte: „Wenn die hohen Herren einige Monate so leben müßten, wie wir, gäbe es tagtäglich Morde und Brandstiftungen.“ Ein anderer warf die Frage auf, ob wir denn in einem zivilisierten Staate leben: „Ja war in Albanien, aber dort haben die Leute wenigstens zu Essen gehabt.“

Hungernot — Wohnungsnot.

Wie sollen sich die Menschen, die seit Jahr und Tag zu wenig Geld auf Brot und Kartoffeln haben, ein Obdach sichern? Sie können es einfach nicht. Vor allem können sie nicht die Mieten bezahlen, die von geschäftstüchtigen Volksgenossen selbst für die schäblichsten Quartiere verlangt werden. In Vollman werden den Mitteilungen der Vertrauensmänner für ein Zimmer im Jahre 500—600 Kronen verlangt. Unerträglich für einen Arbeiter, unerreichbar erst recht für einen Arbeitslosen. Die Folge ist, daß solche Wohnungswucherer den Raum lieber leer stehen lassen, bevor sie einen unglücklichen Volksgenossen zu erträglichen Bedingungen übergeben. Auf die Zinssteigerungen wird auch nicht vergessen. Sogar die Gemeinde Vollman selbst hat einem 62-jährigen Arbeitslosen den Zins von 52 auf 82 K, also um 60 Prozent gesteigert. Blüten der „Dorfgemeinschaft!“ Was Wunder, wenn der Andrang zu den Freiquartieren im Gemeindearmenhaus groß ist. Wir haben sie uns angesehen. In einem Raum von 4 x 4,50 Metern waren drei Familien anzutreffen. Auch ein Winkel des mit reichlicher Aussicht in den Sternhimmel ausgestatteten Dachbodens dient als Schlafraum. Der heringewetzte Schnee ergänzt oft die Jüde. „Jedem gehören zwei Bretter“, sagte ein Bewohner. Wir meinten, das sei ein Scherz. Aber in der nächsten Armenwohnung, wo auf noch kleinerem Raum ebenfalls drei Parteien untergebracht waren, erfuhren wir, daß jeder Partei tatsächlich einige Bretter zugewiesen sind, die sie betreten darf. Um die Benutzung des gemeinsamen Ofens gibt es viel Streit. Haben solche Menschen noch eine Hölle zu fürchten?

Zum Kapitel: Landflucht.

Die Wohnungsnot wird von den Landwirten zur Sicherung spottbilliger Arbeitskräfte mißbraucht. Daher besteht bei ihnen nicht der geringste Wille, dieses Uebel zu lindern. Einem Invaliden aus Vollman, der täglich eine Stunde hin und zurück zu seiner Trasil in Brennet gehen muß und sich dort ein Häuschen bauen wollte, wurde von der Gemeinde Brennet die Ablassung eines passenden Stückes Baugrundes glatt verweigert. Es hätte ein unabhängiger Mensch mehr ins Dorf kommen können. Am schantlosten tobt sich die ausbemerische Willkür der Wohnungsinhaber gegen die sogenannten Inleute aus, die — es handelt sich um eine Spezialität des betreffenden Gebietes — zwar Zins bezahlen, aber außerdem noch das halbe Jahr fast umsonst arbeiten und das ganze Jahr zur Verfügung des „Hauherrn“ stehen müssen. Von diesem Ueberrest mittelalterlicher Sklaverei wird noch später die Rede sein.

Wir waren in der Wohnung eines solchen Innmannes. In der kleinen Stube fünf kleine Würmer, der Mann und die Frau beim dampfenden Waschtrog. Im Bett ein der Größe nach achtjähriges, dem Alter nach 14jähriges Mädchen mit klugen, aber ach so traurigen Rehaugen, die Wangen bleich gerötet und fiebernd. „Die Sucht hat's“, meinte die besorgte Mutter, wobei diese Bezeichnung im Volksmund dort Gleichsucht und Schwindsucht zugleich bedeutet. — So geht es den Leuten, die den sündhaften Lockungen der Großstadt widerstanden und sich der „gesunden“, „kräftigenden“ Beschäftigung eines landwirtschaftlichen Tagelöhners widmen! Ein benachbarter Innmann zeigte uns sein ausgetrunnenes Auge. Kürzlich hat er es bei der Bauernarbeit eingebüßt und bekommt keinen Sellaer Rente, da die landwirtschaftlichen Arbeiter bis heute noch auf eine geregelte Unfallversicherung warten.

Der Kampf um die Maschinen.

Ein Ereignis wurde in der Vollmanner Versammlung erwähnt, das den Vorwurf der Arbeitslosen, der immer wieder gegen die Unglück-

lichen erhoben wird, in richtiger Beleuchtung zeigt. In Fichtenbach bestand bis in die Nachkriegszeit hinein eine Glaschleiferei und Spiegelfabrik. 1921 wurde sie aufgelassen, doch die Aktionäre verfrachten, die brotlosen Gewordenen in ihren Fabriken, in Chodau oder in Krieger unterzubringen. Die Arbeiter glaubten nicht an diese Zusagen und versuchten 1922, die Abmontierung der Maschinen mit Gewalt zu verhindern. Das Eingreifen von Gendarmen belehrte die gefesensunkundigen Wähler, daß im 20. Jahrhundert die Kapitalisten noch das Recht haben, mit einem Federstich das bescheidene Glück von 50 Familien zu vernichten. Heute befinden sich die meisten der ehemaligen Glaschleifer von Fichtenbach am Petrusplatz. Ihr Los ist nicht minder traurig als das der Maschinenführer vor hundert Jahren in England war. Damals hielten die Arbeiter die Maschinen nach für den Feind, heute kämpfen sie darum als unerfessliche Prospenderinnen. Da wie dort kommen die Arbeiter unter dieäder der kapitalistischen Entwicklung und sie werden solange Opfer einer wahnwitzigen Profitjagd sein, bis sie die Eigner und Gebieter der Maschinen sind.

Waren die Erlebnisse eines Tages schon hinreichend, den ganzen Bericht zu füllen, so sollten sie doch nur die Einleitung zu dem erschütternden Glendefilm sein, den dort das Leben selbst mit unerreichter Regiemeisterchaft vorführt. Das Ziel der anschließenden Wanderung war das alte Rotlandsgebiet von Wasserfuppen und Umgebung.

(Fortsetzung folgt.) W. J.

Ausland.

Deutschland tritt in den Völkerbund ein.

Nach langen innenpolitischen Kämpfen und außenpolitischen Verhandlungen hat die Regierung Luther den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund offiziell angemeldet. Damit bestätigt die deutsche Außenpolitik wahrscheinlich auf lange hinaus jenen Kurs, den sie mit der Erfüllungspolitik Wirths und Rathenaus begonnen und in Locarno vertraglich festgelegt hat. Es ist die einzig mögliche Politik des besiegten Staates gewesen. Sie mußte auch von den Deutschnationalen und schließlich sogar von Hindenburg fortgeführt werden. Die Revisionspolitik der Völkervereinigung hat nach und nach jeden Anhang verloren und heute gibt es in Deutschland kaum mehr einen ernstlichen Widerstand gegen den Beitritt zum Völkerbund, wenn auch von nationaler Seite immer wieder Schwierigkeiten gemacht wurden. Ein Teil der Nationalisten, der Völkischen, die Kommunisten und ein ganz kleiner Teil der Sozialdemokraten vertritt allerdings die Auffassung, man dürfe nicht früher als die Russen in den Völkerbund eintreten und bis dahin ein Bündnis mit Rußland schließen.

Der Völkerbund war nach dem Kriege nur eine Sicherung der Verträge. Er vereinigte auch nicht alle Völker und Staaten; Rußland, Deutschland und vor allem Amerika nahmen an der Liga der Nationen nicht teil, die so zu einem Hilfsorgan der Entente wurde. Gerade um das zu ändern, mußte aber Deutschland den Eintritt in den Völkerbund anstreben, mußte es die Front seiner Gegner durchbrechen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse schlugen die Völkervereinigung in den Wall der Entente, der Völkerbund konnte nur kurze Zeit seinen Zweck als Bund gegen Deutschland erfüllen. Er hat keine Funktion mehr und wird nach dem Beitritt Deutschlands noch weniger seinen ursprünglichen Zweck erfüllen können. Für uns ist vor allem wichtig und begriffenwert, daß die deutschen Minderheiten, die in den Staaten der kleinen Entente unterdrückt werden, einen Anwalt im Rate der Nationen besitzen werden. Das nur, daß das an uns verübt wird, erhält mit dem Eintritt Deutschlands eine Stimme, die nicht ungehört verhallen wird.

Eine Fabiergesellschaft in Indien. In England hat bekanntlich die Fabian Society, eine Vereinigung sozialistischer Intellektueller, zu deren Gründern vor allem Sidney und Beatrice Webb und Bernard Shaw gehörten, im Laufe von mehr als vier Jahrzehnten sehr viel zur geistigen Durcharbeitung der Probleme des Sozialismus und damit schließlich auch zum Aufbau der Labour Party selbst, der sie jetzt als selbständige Organisation angegliedert ist, beigetragen. Nun wird versucht, in Indien auf dem gleichen Wege das gleiche Ziel zu erreichen. Zu Anfang November wurde in Madras eine indische Fabian Society gegründet. Ihr Vorsitzender ist Major Graham Pole, ihr Sekretär S. M. Michael. Aber auch viele andere politische Führer unterstützen die neue Gründung, so der Repräsentant der indischen Gewerkschaften N. J. Joshi, der der Vertreter Indiens an der Konferenz der Arbeiterparteien des britischen Weltreiches im vorigen Jahre gewesen. Andere hervorragende Mitglieder sind C. F. Andrews, Dr. B. V. Paradarajulu Raibud und Dr. S. C. C. Zacharias. Die Aufgabe der neugegründeten Gesellschaft ist, vor allem für die Arbeiterpartei nach dem Muster der englischen, zu arbeiten.

Genossen! Ihr müßt un-
die Verbreitung unserer agitieren-
Setzt euch überall für unsere Parteipresse
ein. In das Heim des Arbeiters gehört die
Arbeiterpresse. Darum, agitiert
Genossen u. Genossinnen

Tagesneuigkeiten.

Wilhelm der Nächste.

Montag, während der Mussolini-Debatte im englischen Unterhaus, fiel unter anderen Schmeichelein über den Faschismus und den Duce auch von einem jungen Abgeordneten das Wort: „Nicht aufregen über Mussolini; er ist Wilhelm der Nächste!“ Dieses treffliche Wort, das schon bei seiner Geburt in Londoner Parlament schallendes Gelächter hervorrief, hat allen Anspruch darauf, geklärt zu werden, denn es trifft den misshandelten werden, obwar es gar nicht so eindeutig ist. Wilhelm der Nächste! Deißt das, daß Mussolini der Nachfolger und das Ebenbild des letzten deutschen Kaisers als Kriegsgesahr in Person ist? Oder bedeutet es, daß Mussolini so wie Wilhelm ein Größenwahnstirner als Staatslenker ist? Daß jener mit diesem alle Ueberheblichkeit gemeinsam hat, selbst bis auf die Manie, in jedem Ding, seien es Pferde oder Kunstprobleme, kraft der eigenen großartigen Einmaligkeit sich für maßgebend zu halten, während in Wirklichkeit doch hinter dem Kaiser wie hinter dem Duce von Gottes Gnade sich nur ein ganz kleines, erbärmliches Nadelchen verbirgt? Oder soll Mussolini als Wilhelm der Nächste besagen, daß Benito Mussolini der erste große Mann sein wird, den das Schicksal Wilhelm Hohenzollerns erreichen und der bei Nacht und Nebel stuchtiartig sein geliebtes Volk verlassen wird, statt es herrlichen Zeiten entgegenzuführen? Das alles liegt in dem Wort des englischen Abgeordneten und eben daß es überall Sinn hat, man mag es nach welcher Seite immer drehen, macht es so ausgezeichnet. Der Schwerpunkt liegt aber sicherlich auf der Bedeutung: regt Euch nicht auf; der Mann wird ja eh bald abgewirtschaftet haben und abgehen. (Dann mag auch er sich filmen lassen; vielleicht ist er auch der Nächste, den die Engländer oder Amerikaner dafür fürstlich bezahlen.) Vorläufig wird Mussolini natürlich über die Engländer wüten, die so wenig Sympathie mit ihm befeunden, und man hört schon förmlich seine nächste Rede:

„Wir haben niemals Verständnis für die Leistungen Englands, auch auf dem Gebiete der Literatur, nissen Shakespeare und die Kunstgenie nicht zu, weil dies den Liber mit dem Mississipp vergleicht diese. Nichtsdestoweniger werde ich für Dumini ein Denkmal errichten lassen. Und wenn mich die Engländer Eisenbahner und Seelen nicht empfangen wollen — va bene: ich pfeife auf die grauen, schönheitswidrigen Sire und Ladies, die mir meinen blauen, italienischen Himmel verdunkeln und mit ihren Beeftreats und Sandwichs das geliebte Risotto und die Macaroni verfehlen. Sie sollen es nicht mehr wagen, mir mein Amalfi in Emsfal zu verhängen, widrigenfalls ich 200.000 Fajchier, wollte sagen Fajchistenmesser auch gegen Albion mobilisiere!“

Und böß mit der ganzen Welt, die für den Schönheitsinn der Wörter und Brandlegler so wenig Verständnis zeigt, wird Wilhelm der Nächste seine Loga zusammenraffen und von Rom aus funken lassen: „Ich kenne keine Nationen mehr, ich kenne nur noch Italiener!“

Der Fall des „Abend“ und die bürgerliche Presse.

Wenn ein Verbrecher erwischt wird, so haben es die anderen, noch nicht erwischten, schwer, sich zu dem Fall zu stellen. Es wollten zeigen, daß sie nicht so sind wie jener und müssen daher gegen ihn losziehen. Sie wollen aber auch vorbeugen und müssen daher für das Verbrechen eine Entschuldigung schaffen. Nehmsich geht es der bürgerlichen Presse, wenn eines ihrer Glieder der Korruption überwiegen wird. Der Fall des Wiener „Abend“ zeigt uns das amüsante Spiel der Journaille verschiedenster Färbung, die nicht weiß, was sie eigentlich dazu meinen soll.

Der „Abend“ ist nämlich noch ein ganz besonderer Fall. Er ist ein in seinem Wesen bürgerliches Blatt, das aber politisch und sozial die Partei der Arbeiterklasse nahmt. Zurückzuführen war diese Haltung des „Abend“ auf die politischen Anschauungen seines Gründers und Herausgebers Carl Colbert, der das Blatt im Kriege begründete und ihm von allem Anfang an eine stark radikal, sozialistische Richtung gab. Die Methoden des Blattes aber hielten sich immer in der Linie bürgerlicher Journalistik. Nach dem Kriege machte der „Abend“ eine Zeit lang kommunistische Propaganda, dann schwenkte er ein und unterrichtete die sozialdemokratische Politik, wobei er sich allerdings vorbehielt, jederzeit auch anderer Meinung sein zu können als die Partei, die auf das Blatt auch keinerlei bindenden Einfluß hatte. Die Bedeutung der sozialistischen Bewegung in Wien macht es begrifflich, daß ein bürgerliches Blatt, das die Politik des Sozialdemokraten gutheißt, sich halten konnte. Der Herausgeber des „Abend“ scheint von den Geschäften seines Redakteurs tatsächlich nichts gewußt zu haben. Seine persönliche Ehre wird von dem Fall ebensowenig berührt wie die sozialdemokratische Partei. Daß der Redakteur Weiß Geschäfte auf eigene Rechnung machen wollte, liegt aber daran, daß sich der „Abend“ den Methoden der bürgerlichen Reboverjournalistik nicht fernhielt.

Die Wiener Kreuzel-Presse tut natürlich sehr entrüstet. Die „Neue Freie Presse“ kommt sich plötzlich sehr moralisch und unbeschäftigt vor, das Schandblatt des Lippowits, das „N. Journal“ ist furchtbar erregt darüber, daß auch andere Blätter korrupt sind und die christlichsoziale „Reichspost“ darf nicht fehlen, wenn

es gilt, eine Affäre klugerisch gegen die Sozialdemokratie auszuschlachten und das eigene Feindblatt einmal statt der Blöße zu zeigen. Am gelungensten wirkt die Entrüstung des berufsmäßigen Wandtblattes, der „Stunde“. Belegmäßig kann doch räumlich sagen, daß er gegen die Korruption sei. Er betont im Gegenteil, daß die Korruption „legitim“ geworden sei, daß also gar nichts dabei sei und er rügt am „Abend“ nur, daß er sich nie zu dem Gewerbe, das Befessly in aller Öffentlichkeit treibt, bekannt habe. Das hängt eben jedenfalls doch damit zusammen, daß der „Abend“ nicht als Blatt korrupt war, sondern nur einen korrupten Redakteur hatte, während die „Stunde“ es mit Stolz zeigt, daß die Journalistik ein Geschäft ist, bei dem man an den Meißbietenden „öffentliche Meinung“ liefert. So fällt eben Befessly nur über — Colbert her, weil er nicht von der Korruption wissen wollte, weil er Moral predigte, weil er aus Mißgunst gegen erfolgreiche Kapitalisten Sozialist sei, während er in Weiß, dem korrupten Redakteur ein unerschütterliches Opfer sieht. Die ganze Affäre sei eine gerechte Strafe für den „Abend“, der sich nicht zu den Methoden der Korruption bekennen wollte.

Sogar das „Prager Tagblatt“, das sonst auf Distanz Wert legt, stellt sich diesmal in bedenklicher Nähe der Wiener Presse und erklärt in einem Artikel von R. R. ungefähr, es sei weiter nichts dabei, wenn ein Blatt sich bestrecken lasse, heute könne das ja nicht wie früher zum Kriege führen (was durch gar nichts bewiesen ist).

Der Fall des „Abend“ zeigt deutlich, daß ein sozialistisches Blatt nicht als privates Geschäftsunternehmen betrieben werden kann und daß es sich nicht der Methoden der bürgerlichen Presse bedienen darf, wenn es wirklich der Arbeiterschaft dienen will. Er zeigt aber auch, daß die bürgerliche Presse heute soweit ist, die Korruption für selbstverständlich zu halten und höchstens dann zu bekämpfen, wenn der Kampf gegen die Sozialdemokraten ausgeschrotet werden kann.

900.000 erzbischöfliche Kronen auf verbottenen Reisen. Dieser Tage ist in der Grenzstation Lundenburg der Konzipient Hugo Fried aus Kremier bei der Zollrevision angehalten worden: Fried wollte 900.000 Kronen nach Oesterreich schaffen, ohne sich mit einer Bewilligung auszuweisen zu können. Natürlich wurde er verhaftet. Beim Verhör ergab sich, daß das Geld dem Olmüher Erzbischof Breßan gehöre und dazu bestimmt sei, den Kaufpreis für das preußisch-schlesische Rittergut Stoßmühle zu bilden. Diese Angabe Frieds erregte in der mährischen Öffentlichkeit ungeheures Aufsehen. Sofort fuhr auch die Dementierspritzen auf. So wurde dem „Mähr. Tagblatt“ mitgeteilt, daß an der ganzen Affäre nicht der Erzbischof selbst, sondern — sein Vertreter schuld sei, der ohne Wissen des Erzbischofs und der erzbischöflichen Zentraldirektion dem Konzipienten Fried den Auftrag gegeben habe, das Geld ins Ausland zu schmuggeln. Der Vertreter des Erzbischofs sei auch nach Aufdeckung der Affäre sofort vom Dienste suspendiert worden. Es muß nun jeden sonderbar anmuten, daß die erzbischöfliche Zentraldirektion über eine so ungeheuerliche Summe zu verfügen imstande ist, daß 900.000 Kronen an jemanden übergeben werden können, ohne daß eine dritte Person davon etwas erfährt und ohne daß der Erzbischof selbst davon in Kenntnis gesetzt zu werden braucht. Das Bestreben der Zentraldirektion, der Öffentlichkeit eine Zerschlagerei in ihrer Verwaltung einzuführen, wird jedoch verständlich, wenn man erfährt, daß das Erzbistum im Falle, daß die Finanzdirektion korrekt vorgeht, eine Strafe von 1.800.000 Kronen zahlen muß. Wofür soll das Rittergut für den „lieben Oberhirten“ in Währen gekauft werden, wenn der Staat wegen der Ungeheuerlichkeit eines Konzipienten Millionen in die Tasche steckt?!

Nach dem Schubgesch. Der Redakteur Leopold Kreuz aus Reichenberg sprach am 1. Mai 1925 auf dem Invalidenplatze in Karlsbad zu einer öffentlichen Volksversammlung. Er kritisierte die Verhältnisse in der Republik, in welcher Artikel die Staatsanwaltschaft das Vergehen der Störung des allgemeinen Friedens und die Verletzung der Würde der Republik nach dem Schubgeschlebe erblickte. Das Kreisgericht schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte Kreuz zu drei Wochen Arrest unbedingt.

Heiß mich nicht reden, heiße mich schweigen. In einem großen Prager Blatt erschien vor einigen Tagen folgende „Artikel“ eines Films:

Der dritte Wafilm ist französisch. Produkt (Hubert-Film, Paris). Durchschweige die Nächste. Ich gestehe, daß ich die Handlung dieses Films verstanden habe, was bei der Menge von Vorführungen leicht begreiflich ist. Da mit einer Inhaltsgabe nicht zur Befriedigung ist, kann ich augenblicklich der Erinnerung auch nicht nachhelfen.

Wenigstens ein Aufrichter, der es dem Behrer gleich gesteht, daß er die Aufgabe verlesen hat. Oder ist das eine neue Methode, schlechte Kritiken zu umgehen? Die bürgerliche Presse hätte manches Unglück nicht gestiftet, wenn sie bei anderen Gelegenheiten geschwiegen hätte.

Ungewöhnliche Ursache. Samstag nachmittags wurde in der Egerer Reichstraße gerade über der Bahndämme ein Kinderwagen von einem aus der Richtung Waldsassen kommenden Auto gestreift. Die Führerin des Kinderwagens und das kleine Mädchen wurden auf die Straße geschleudert. Das Kind erlitt einen Unterarmbruch, die Mutter, Elisabeth Stumner aus Eger, mehrere Quetschungen auf dem Rücken. Der Chauffeur brachte die Verletzten mit seinem Auto ins allgemeine Krankenhaus nach Eger. Der Arzt hat keine Verletzungen festgestellt. Nach seiner

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 11. d. M.

Prag, 17.00: Fühfuhre; 18.15: Deutsche Sendung, Dr. Brandebach: Wesen und Wert der Körperkultur; 20.02: Kammerkonzert. — Brunn, 19.20: Konzert; 20.10: Gefangenenkonzert. — London, 21.00: Englischer Komponistenabend. — Paris, 21.45: Konzert. — Berlin, 21.00: „Nach Feierabend“. — Stuttgart, 20.00: Reise um die Welt. — Leipzig, 21.30: Funfbrett. — Breslau, 20.20: Robert Schumann. — München, 22.05: Abendkonzert. — Frankfurt, 19.00: „Der Freischütz“. — Wien, 20.15: Orchesterkonzert. — Zürich, 20.00: Italienromantischer Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 576, London 445, Paris 1750, Berlin 565, Stuttgart 20.00, Leipzig 452, Breslau 418, München 185, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

Angabe kam der Unfall dadurch zustande, daß er durch eine starke Raucherentwicklung, die unter der Brücke fahrenden Eisenbahnzuges die Frau erst im letzten Augenblicke sah.

Selbstmord eines Kapitäns. Montag in Lom der Kapitän Marek vom Inf.-Reg. 42 in Theresienstadt zum Besuch nach Prag. Nachmittags fanden ihn Soldaten mit durchschossenem Kopfe tot im Garten des Divisionshospitals Nr. 1 auf dem Karlsplatz auf. Kapitän Marek hinterließ einen verlegten Brief, in dem das Motiv seines Selbstmordes angegeben sein dürfte. Die Leiche wird gerichtsarztlich untersucht werden.

Aufstellung von Radioapparaten im Abgeordnetenhaus. Dieser Tage wurden im Abgeordnetenhaus Radioapparate der Firma Western Co. aufgestellt, die es ermöglichen, den Redner im Plenum in allen Räumen zu hören, wobei die definitive Einführung der Apparate soll heute entschieden werden.

Die Leiden eines Mieters. Die Hausbesitzerin Marie Wols beim Bezirksgericht Karlsbad gegen die in ihrem Hause wohnenden Eheleute Franz und Marie Günther den Antrag auf Bewilligung der Räumung ein, da diese unter anderem die Hausbesitzerin und deren Angehörige beleidigen. Am Laufe des Prozesses wurde beim Bezirksgericht Karlsbad auch die im gleichen Hause wohnende Marie Wawrina einvernommen, die bestätigte, daß sie wiederholt gesehen habe, daß die Hausordnung durch Marie Günther nicht richtig befolgt werde, indem sie die Stiege nicht ganz trocknete und auch nicht sauber reinigte. Sie wisse ferner, daß die Wols die Günther zur Abhilfe aufgefordert habe. Wie die Wawrina nun selbst zugeben muß, waren diese Angaben unrichtig, da sie diese Beobachtungen gar nicht machen konnte, weil sie den ganzen Tag nicht zu Hause ist. Marie Wawrina, wegen falscher Zeugenausgabe angeklagt, wurde vom Kreisgericht zu drei Monaten Kerker bedingt mit Bewährungsfrist von zwei Jahren verurteilt.

Sonntagsruhe im Eisenbahnfrachtenverkehr. Bei den in Oderberg abgehaltenen Beratungen über die Sonntagsruhe im Eisenbahnfrachtenverkehr wurde beschlossen, ab 15. Mai die Sonntagsruhe in diesem Verkehr einzuführen. Die Einführung dieser Sonntagsruhe bedeutet große Ersparungen im Verkehr.

Zugszusammenstoß auf der Warasch-Siedce. Die Direktion der tschechoslowakischen Staatseisenbahnen in Brünn gibt bekannt: Eisenbahnzug am 3. Uhr 37 Minuten fuhr in der Station Bilnice-Drumov (Warasch) der Personenzug Nr. 710 wegen falscher Weichenstellung auf den dort stehenden Lastzug Nr. 786 auf. Beim Zusammenstoß wurden zehn Reisende und drei Bahnangestellte leicht verletzt. Der Vorfall wird untersucht.

Die Riesenbrand bei der Brünn Post. Die Eltern der Riedl, die Eheleute Pichonnel, wurden bekanntlich vor einigen Tagen wegen des Verdachtes der Mitwisserschaft verhaftet, gestern aber wieder freigelassen, die andere Tochter Pichonnels Helene wurde vorläufig in Haft belassen.

Die Konnenfchäden in Böhmen, Währen und Schlesien in den Jahren 1917 bis 1925. Das 18. Heft des 7. Jahrganges der Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes bringt einen Aufsatz von Z. Auerhan über die Statistik der Konnenfchäden in den Jahren 1917—1925 in Böhmen, Währen und Schlesien. Nach diesem Aufsatze betrug die gesamte von der Konne befallene Fläche (wenn die in mehreren Jahren befallenen Flächen bloß einmal gezählt werden) 567.101 Hektar. Die Fläche der lahlgereffenen Bestände betrug 44.071 Hektar, die Fläche, auf welcher Kesselfraß und Stellewässer Fraß festgestellt wurde, betrug 62.089 Hektar. Auf diesen Flächen mühten 14.181,25 Kubikmeter Holz geschlagen werden. Der Aufschlag bringt noch eine ganze Reihe von weiteren interessanten Daten über den Einfluß der Seehöhe, der Bestand- und Holzarten, des Alters des Waldes sowie über den Einfluß der Teiche und Wasser auf den Konnenfraß.

Ein tragisches Ende nahm die frühere russische Fürstin Dolenski, die in einem Moskauer Vorort im Schnee tot aufgefunden wurde. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, wurde die Fürstin von einem 55jährigen Manne ermordet und dann im Schnee niedergelegt. Die Ermordete die erst 24 Jahre alt ist, entstammte einer bekannten Familie des russischen Kosakentums, wurde von ihren flüchtigen Verwandten völlig mittellos allein in Moskau zurückgelassen und sank dort von Stufe zu Stufe, bis sie im Sumpf der Großstadt-Verbrecherei zu Grunde lag.

Bergarbeitertod. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat sich Montag in Salgo-Tarjan in Folge Ausstromens von Gasen ein Grubenunglück ereignet. Fünf Arbeiter, die in eine Grube in der Nähe von Salgo-Tarjan hinabstiegen wollten, wurden durch aus dem Grundwasser ausstromende Gase getötet.

Erfolgreiche Gemeindevahlen in Klagenfurt. In Klagenfurt wurde am letzten Sonntag der Gemeinderat neu gewählt. Die Christlichsozialen und Großdeutschen hatten sich wieder zu einer Einheitsliste gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen; sie büßten aber trotzdem Stimmen und Mandate ein. Die Einheitsliste erhielt 8190 Stimmen (bei den Wahlen im Jahre 1923: 9443 Stimmen, bei den letzten Gemeindevahlen 1921: 7221), die Sozialdemokraten 4314 (1923: 5038, 1921: 3334), die Nationalsozialisten 1210 (1923: 630, 1921: 476), die Kommunisten 430 (1923: 127, 1921: 297) und die Wirtschaftspartei 307 (0). Die Wahlbeteiligung betrug 83 Prozent, war also schwächer als bei den Nationalratswahlen aber größer als bei den letzten Gemeindevahlen. Der neue Gemeinderat setzt sich zusammen aus 10 Christlichsozialen (bisher 10), 11 Großdeutschen (13), 11 Sozialdemokraten (11), 3 Nationalsozialisten (1), 1 Kommunist (0). Die Sozialdemokraten haben ihren Bestand unverändert erhalten, die bürgerliche Einheitsliste hat zwei Mandate an die Nationalsozialisten verloren. Es zeigt sich, daß auch in dieser einstigen Hochburg der Verfall der Großdeutschen unaufhaltsam ist.

Oesterreichische Auswanderer nach Rußland. Wie Wiener Blätter berichten, wird eine Gruppe der sogenannten Uhlente voraussichtlich schon in den nächsten Wochen nach Rußland auswandern. Es handelt sich um eine Gruppe von insgesamt 1000 bis 1100 Personen, davon etwa 600 Erwachsene (Männer und Frauen) und 400 bis 500 Kinder. Diese Gruppe hat in der kirgisischen Republik Berowost Land auf 20 Jahre gepachtet, das nunmehr kolonisiert werden soll. Die Regierung und die Gemeinde Wien haben einen Betrag von 5 1/2 Milliarden Kronen zur Finanzierung dieser Expedition gestellt, von welchem Betrage landwirtschaftliche Maschinen und Apparate angeschafft, die Reisepesen gedeckt und die Pachtbeträge gezahlt werden sollen. Die russische Regierung ist bereit, den Kolonisten Kredit in eben solcher Höhe zu gewähren. Die Regierungssubvention in der Höhe von 5 1/2 Milliarden entspricht dem kapitalisierten Betrage einer Jahresunterstützung für alle jene Arbeitslosen, die durch diese Aktion in Oesterreich ausgeschieden werden. Ein weiteres Projekt ist hinsichtlich der Auswanderung nach Brasilien in Ausarbeitung. Im Staate Sao Paulo soll bei Rananea ein Gebiet in der Ausdehnung von 10 000 Aekern, d. h. etwa 20 000 Quadratkilometer das Gebiet ist ungefähr so groß wie Niederösterreich) erworben werden, um dort oesterreichische Kolonisten ansiedeln zu können. Für diese Erwerbung und Kolonisation wäre ein Betrag von etwa 6 Milliarden erforderlich.

Eine schwere Mutilation spielte sich in einer Moskauer Klinik ab. Ein Arbeiter namens Soszaischow, der nervenkrank in die Klinik gebracht worden war, zog plötzlich einen Revolver und schoß den Moskauer Nervenarzt Dr. Meißel durch das linke Auge in das Gehirn und führte dadurch den sofortigen Tod des Arztes herbei. Sodann öffnete er das Nebenzimmer und tötete einen Bahnarzt durch einen Kopfschuß. Auch auf den herbeieilenden Chirurgen der Klinik gab er zwei Schüsse ab und tötete sich dann selbst. Die Verletzungen des Chirurgen sind so ernster Natur, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Obduktion des Gehirns des Arztes ergab keine Anhaltspunkte dafür, daß die Tat in geistiger Umnachtung vollführt wurde, und läßt vermuten, daß der Mörder in voller Ueberlegung gehandelt hat.

Zwölf neue Schulen sollen in Berlin demnächst gebaut werden. An Baugeldern stehen allerdings nur 6 1/2 Millionen Mark zur Verfügung. Die Schulklassen Groß-Berlins haufen zum Teil in ganz unwürdigen Unterrichtsräumen, so in Lichtenrade im Kellergefchoß. Zu diesem umfangreichen Bauprogramm kommt noch das Projekt einer größeren Anzahl von Turnhallen, sowie der Plan von Aufstellungen für Schulgebäude, deren Raum nicht mehr genügt.

Ein Jägerquartier ist von der Berliner Kriminalpolizei im Berliner Norden ausgehoben worden. Bei einigen Wochen hatten sich eine Anzahl von Jägerinnen durch ziemlich plumpe Tricks große Geldbeträge erschwindelt. Die Schwindlerinnen erschienen zu zweien oder zu dreien in den Haushaltungen des Berliner Nordens und bekehrten ihre „Aundinnen“, daß sie schlecht ansähen und krank seien, weil eine böser Geist im Hause ist. Dieser Geist häte im Geld. Dann veranlaßten sie die Verbringung der gesamten Barzahl unter ein gemeinlichvolles Taschentuch und verschwanden nach einem Tugend von Zaubersprüchen mit dem Taschentuch — und mit dem Geld.

Wetterbericht vom 9. Feber. Die Wühlung machte Montag in der ganzen Republik Fortschritte. Die Minima sanken in Mähren und in der Slowakei bereits stellenweise unter minus 5 Grad Celsius. (Kaisl Teplice minus 9, Ungvár minus 7, Brann, Troppau und Kaschau minus 5 Grad Celsius.) Auch die Nachmittagstemperaturen blieben tiefer, als am Sonntag und stiegen nur noch in der Donauabdrung über 5 Grad (Stara Wisla 5, Preßburg 1 Gr. Celsius). Im ganzen Staatsgebiete liegt Schnee, die Niederschlagsmenge überschritt jedoch nirgends fünf Millimeter. Nur Ungvár meldet 10 und der Cerkow 8 Millimeter. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Vorwiegend bis wechselnd bewölkt, zeitweise Schneehauer, Temperatur unter Null, Schneewind.

Gegen Steuerraub und nationale Bergewaltigung.

Am Montag den 8. Feber sprach in einer von den Organisationen von Groß-Brünn, sowie der übrigen Gerichtsbezirke Brünns einberufenen, außerordentlich stark besuchten Versammlung Genosse Dr. Czoch zur politischen Lage und führte aus:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtern sich mit jedem Tag. Die Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus und dem Proletariat nimmt immer schärfere Formen an. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir wieder

am Anfang einer schweren Wirtschaftskrise stehen mit allen ihren Auswirkungen und Gefahren für die arbeitende Bevölkerung des Landes. Die Arbeitslosigkeit wächst. Besonders hart ist die Metallindustrie und der Bergbau betroffen, aus welchen Betriebszweigen nahezu täglich neue Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen gemeldet werden. Gerade das mächtige Industrie-proletariat hat jetzt schwere Stunden zu durchleben, nicht minder aber auch das nordböhmische, in dessen Verhältnissen sich die Krisenerscheinungen unserer Wirtschaft in ganz besonders trister Weise widerpiegeln. Die Arbeiterschaft muß allen diesen Erscheinungen ihr ganz besonderes Augenmerk zuwenden und sich für die kommenden schweren Kämpfe, für die harte Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus rüsten.

Aber auch sonst wurden die Massen des arbeitenden Volkes gerade in letzter Zeit arg in Mitleidenschaft genommen.

Die Kosten der Lebenshaltung sind fortwährend im Anstieg. — Der Index in der Aufwärtsbewegung.

Die Teuerung ergreift nicht nur die unmittelbaren Bedarfsartikel, die Lebensmittel, sondern läßt auch den für die Bekleidung des Proletariats notwendigen Textilbedarf nicht unerschont. Der noch immer zunehmende Lohn- und Gehaltsabbau, verschärft durch alle diese Erscheinungen, führt eine katastrophale Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbei, drückt das Lebensniveau des Proletariats tief unter das Lebensminimum. Zur selben Zeit heimt das Industrie-, Bau- und Finanzkapital, das sich der größten Favorisierung durch die Regierung erfreut, enorme Gewinne ein. So verschärfen sich die Gegensätze mit jedem Tag, so spitzt sich der Klassenkampf immer mehr zu und reißt der Entscheidung entgegen.

Und in einer solchen Zeit bereitet die Regierung

ein neues Attentat auf die arbeitende Bevölkerung vor, rüsten die Koalitionsparteien zu einem neuen Raubzug. Der Zucker und Spiritus, der Kaffee und Tee, sonstige Kolonialwaren, sowie die Eisenbahnfahrkarten, sollen mit neuen Abgaben belegt und aus dieser Quelle Hunderte von Millionen herausgeholt werden. In einer Zeit, in der sich der Zucker auf dem Weltmarkt allgemein verbilligt, soll er in der Tschechoslowakei, dem bedeutendsten Zuckerproduktionslande, verteuert werden. Welch tolltes, aber auch frevelhaftes Beginnen. Aber daran nicht genug, beabsichtigt die Regierung allen Erstes

Die Agrarzölle,

von denen wir in den letzten Jahren des alten Oesterreich, sowie in der ersten Nachkriegszeit verschont geblieben sind, zu einer ständigen Einrichtung unseres Wirtschaftslebens zu machen, indem sie die Weitzölle, die zumindest eine zeitweilige Ausschaltung des Weizenkolles möglich machen, durch stabile Wehl- und Getreidezölle ersetzen wird. Dies würde naturgemäß eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen zur Folge haben. Das ist die Situation, vor der wir heute stehen. Sie muß des Proletariat nachgerade zur Verzweiflung und auf die Straße treiben und eine Abwehrbewegung auslösen, die zu den letzten Kampfzügen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen, greifen mühte.

Was war in Anbetracht dieser Situation, aber auch in der durch die ungarischen Verhältnisse verschärften auswärtigen Lage selbstverständlicher, als das Verlangen nach sofortiger Einberufung des Parlaments, das vor drei Monaten gewählt, aber systematisch von jeder Arbeit, jedem Einfluß auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse ferngehalten wurde. Die Einberufungsantrag Rechnung getragen, der die Regierung zwang, das Haus für den 16. Feber einzuberufen. Wir haben damit unseren Zweck erreicht, trotzdem aber die formale Erledigung unseres Antrages gefordert und die Koalitionsparteien dadurch in eine peinliche Lage gebracht, der sie sich durch eine rabulistische, in der äußeren Wirkung aber geradezu kindische Auslegung der Geschäftsordnung zu entwinden suchen. Ein Hohngelächter im Lager aller demokratisch denkenden Schichten der Bevölkerung war die Antwort auf dieses Hinfälligkeits-Präsidiums, dem nun — da wir absolut nicht locker lassen und einen neuen Schritt vorbereiten — doch die merkwürdige Stellungnahme und Entscheidung nicht erspart bleiben wird.

Am nun über alle diese Schwierigkeiten hinwegzuleiten, und durch Verwischung der sich sowohl in der tschechischen, als auch in der deutschen Bevölkerung immer klarer und schärfer einstellenden Klassenfronten die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den unsozialen Maßnahmen der Koalition abzulenken, aber auch die immer un-

gestimmter werdenden nationalistischen Elemente der Koalition zum Schwelgen zu bringen, hat die Regierung in den letzten Tagen

die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz,

die schon seit Jahren fällig war und eigentlich durch die harte nationalistische Handhabung des Gesetzes hinfällig geworden ist, in die Kampfarena geworfen. In sich das raffste Diktat, wird sie auch schon formal als bitteres Unrecht empfunden, da der jetzige Ministerpräsident Swebla im Jahre 1920 als Innenminister der Regierung Zusatz von der parlamentarischen Tribüne herab im Namen der Regierung die Erklärung abgegeben hatte, daß die Durchführungsverordnung vor ihrer Erlassung dem parlamentarischen Verfassungsausschuß vorgelegt und so auch den nicht-tschechischen Volksvertretern Gelegenheit zur Prüfung, Stellungnahme und Aeußerung gegeben werden wird. Doch was bedeutet ein Ministerwort in diesem Lande? Nun legt die Durchführungsverordnung vor, wohl trägt sie nicht die Namen sämtlicher tschechischer sozialdemokratischer Minister, sondern nur den Namen des slowakischen Sozialdemokraten Dr. Derer, aber sie glaubt, Anspruch auf Rechtsgültigkeit und Rechtswirksamkeit erheben zu können. Wie ein roter Faden zieht sich eine Dämpfung kraftloser Rechts-, Verfassungs- und Gesetzgebungsarbeiten durch das Verordnungsmonstrum. Sie verlegt das zwischen der Tschechoslowakei und den Entente-mächten abgeschlossene Minderheitenschutzübereinkommen. Sie verstößt gegen die Verfassung und das Sprachengesetz, sie macht sich ganz rechts- und verfassungswidrig gesetzgebende Funktionen an, sie verstößt auf Schritt und Tritt gegen Recht und Gesetz und muß daher trotz aller Raffiniertheit und Bauernschmeichelei an sich selbst scheitern. Sie kann nie lebendiges Recht werden. Sie greift der gesamten deutschen Bevölkerung an den Lebensnerv, indem sie soweit sie den Minderheiten an die Sprache greift, in ihrem ganzen Geistes- und kulturwidrig ist, aber auch die deutschen arbeitenden Menschen durch das Erfordernis der vollsten Beherrschung der tschechischen Sprache bei ihrer Rechtsverfolgung, in ihren öffentlichen und privaten Arbeitsbetätigung einfach vogelfrei macht. Sie verwüstet die ohnedies mühselige Politik des Landes und erschwert die so dringend notwendige Verständigung zwischen den Völkern, da sie das Feuer zündet, die nationalistischen Instinkte bis zur Gluthitze aufpeitscht und eine Atmosphäre schafft, in der ruhige wirtschaftliche und soziale Arbeit nicht gedeihen kann. Sie bedeutet also doppelt und dreifach ein Unglück für das Land und seine Bevölkerung. Darum unser schärfster Protest gegen dieses Raub- und Verleumdungssystem, das der Bevölkerung nichts als bittere Bein und immer neue Enttäuschungen gebracht hat und das ein wahres Hindernis für die Besserung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem aber für die Verständigung der das Land bewohnenden Völker ist.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf beantragte Gen. Professor Schweiper folgende Resolution:

„Witten im größten Notstand der arbeitenden Menschen dieses Landes in einer Zeit des Lohn- und Gehaltsabbaus, der mit jedem Tag ansteigender Teuerung der Lebenshaltung, bereitet die Regierung ein neues Attentat auf die Taschen der Bevölkerung bevor. Nicht nur, daß sie durch ihre Maßnahmen eine neuerliche Steigerung des Preises des Zuckers, des Spiritus und der Kolonialwaren, sowie der Eisenbahnfahrkarten herbeiführen im Begriffe ist, trifft sie bereits alle Vorkehrungen, um die Agrarzölle zu einer dauernden Einrichtung zu machen, die gleitenden Wehl- und Getreidezölle durch stabile zu ersetzen. Nur mit schwerer Mühe gelang es noch im letzten Augenblick, den Vorwurf der Regierung auf Verbehalten der Weizenzölle zu vereiteln und so eine der volkshenndlichsten Maßnahmen zu verhindern. All das in einer Zeit, in der die Regierung das Finanz-, Banken- und Agrarkapital mit vollen Händen auffüttert und in der Kongrua-Vorlage ein reiches Geschenk für die Geistlichkeit vorbereitet.“

Gegen alle diese Maßnahmen erheben die Versammelten entschiedenen Protest, dem sie umso lebhafter Ausdruck geben, als sie alle in einer Zeit vollständiger Ausschaltung des Parlaments geplant werden und die Gefahr besteht, daß das Parlament und die Bevölkerung durch Verordnungsmaßnahmen der Regierung und die parlamentarischen Maßnahmen der Koalition vorfertige und unabänderliche Maßnahmen gestellt werden.

Die Versammelten billigen es daher, daß der Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung einen resoluten Schritt wegen Einberufung der Nationalversammlung unternommen hat und protestierten gegen die sich hinter rabulistischen Geschäftsordnungstricks verbergende Entscheidung des Parlamentspräsidiums, dem durch den Schritt unserer Partei die vorzeitige Einberufung des Parlaments abgelehnt wurde, und das sich nun durch Geschäftsordnungsmittel der begreiflicherweise peinlichen Entscheidung über den Antrag unserer Fraktion zu entwinden sucht.

Um nun die Aufmerksamkeit von ihrem volkshenndlichen Treiben abzulenken, aber auch

um die Forderungen des immer kypiger werdenden nationalen Chauvinismus zu befriedigen, hat die Regierung in den letzten Tagen die Durchführungsverordnung zu den Sprachengesetzen in die politische Arena geworfen und durch diesen Schritt die auf das gleiche Gebiet fallenden reaktionären Maßnahmen des alten Oesterreich in den Schatten gestellt. Unter Mithachtung von Recht und Gesetz, unter Umgehung aller den Minderheits-Schutzvertrag und das Sprachengesetz hat die Regierung an die Rechte des nationalen Minderheitenschlages Hand angelegt und so durch Ausschaltung der nationalen Leidenschaften eine Atmosphäre geschaffen, an deren Blut sie ungräfieren ihr Süppchen locken zu können vermeint. Das Abbaugesetz ist überflüssig geworden, denn nun können die letzten deutschen Angehörten auf fastem Wege aus ihren Arbeitsstätten verdrängt, die deutschen Gemeinden um den letzten Rest ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gebracht, deutsche arbeitende Menschen selbst aus ihrer privaten Arbeitstätigkeit vertrieben werden. Aber auch sonst ist dem jämmerlichen Nationalismus freie Bahn geschaffen und der bürokratischen Willkür, Tür und Tor geöffnet.

Gegen diesen Verwaltskrieß, durch den die gesamte deutsche Bevölkerung, ganz besonders aber die deutschen arbeitenden Menschen in ihren materiellen Rechten, besonders aber in ihrer Rechtsverfolgung aufs schmerzliche beinträchtigt werden, erheben die Versammelten lautesten Protest.

Sie legen in den Parteivorstand und die parlamentarische Vertretung der Partei das vollste Vertrauen, daß sie nichts unterlassen werden, um dieses geradezu einzig dastehende Attentat auf die deutsche Bevölkerung mit der größten Wucht abzuwehren.

Die Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Mit einem Schlussworte des Vorsitzenden fand die Versammlung ihren würdigen Abschluß.

Prager Kurse am 9. Feber.

	Preis	Ware
100 holländische Gulden	136.6	139.2
100 Reichsmark	805.70	809.50
100 belgische Francs	153.05	154.45
100 Schweizer Francs	650.50	653.50
1 Pfund Sterling	164.05	165.20
100 Lire	139.80	137.70
1 Dollar	33.70	34
100 französische Francs	125.05	126.45
100 Dinar	59.60	60.10
10 000 magarische Kronen	4.72.12	4.82.12
100 polnische Zloty	460	472
100 Scilling	477	480

Gerichtssaal.

Eine gründliche Abfuhr.

Brünn, 9. Feber. Heute fand vor dem mähr.-schles. Oberlandesgericht eine interessante Verhandlung statt, interessant nicht nur der Sache selbst wegen, sondern auch durch die Tatsache, daß es der erste Fall war, in dem das hiesige Oberlandesgericht als Berufungsinstanz in einer Prekubretretungs-sache nach dem neuen Prekubretgesetz zu fungieren hatte.

Die Troppauer „Volkspresse“ brachte am 29. Jänner 1925 einen Aufsatz, der „Alfred Fuchs' moralische Hinrichtung“ betitelt war, und die Fortsetzung einer bereits früher geführten Kampagne bildete.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Fuchs hat mit zwei anderen Gesellschaftern eine Firma begründet und anfänglich ihrer Auflösung als Buchschmann den Direktor eines großen Unternehmens Samuel Baumgarten herangezogen. Da dessen Gutachten und seine später erfolgte Zeugenaussage für Alfred Fuchs ungünstig lauteten, versuchte dieser nun mit allen Mitteln die Autorität Baumgartens zu untergraben und gelangte hiebei zur Kenntnis der Tatsache, daß Baumgarten vor 27 Jahren in einer Strafsache zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Fuchs drohte nun Baumgarten mit der Veröffentlichung des Urteils, um so eine Abänderung der ungünstigen Zeugenaussage zu erzielen. Baumgarten ließ sich aber nicht einschüchtern, sondern erstattete gegen Fuchs die Anzeige wegen Erpressung, was Fuchs damit beantwortete, daß er gegen Baumgarten eine Anzeige wegen falscher Zeugenaussage erstattete. Baumgarten starb vor der Verhandlung Fuchs wurde vom Troppauer Bezirksgericht im Dezember des Vorjahres wegen dieser Sache und wegen anderer Betrügereien zu einer mehrmonatlichen unbedingten Kerkerstrafe verurteilt.

Gleichzeitig beschästigte aber Fuchs auch mit seinen anderen Angelegenheiten die Gerichte lebhaft, so insbesondere mit der Frage eines angeblichen Notariatsaktes, den er mit seiner Frau abgeschlossen hatte, um ganz offenkundig seine Gläubiger dadurch zu schädigen. Das Gericht erklärte diesen Akt für ungültig und an dieses Urteil schloß die „Volkspresse“ ihre Kritik an, die dem verantwortlichen Reakteur Senator Genossen Hans Joffl eine Ehrverleumdungsklage Fuchs' eintrug.

Das Troppauer Kreisgericht sprach Genossen Joffl frei, da es den Wahrheitsbeweis für die in der „Volkspresse“ aufgestellten Behauptungen für vollkommen erbracht ansah. Der Herr Fuchs war aber damit nicht zufrieden und brachte die Berufung gegen diesen Freispruch ein, über die heute vor der zuständigen II. Instanz, beim mähr.-schles. Oberlandesgericht, verhandelt wurde. Nach einem längeren Bericht des Referenten sprachen die Vertreter der beiden Parteien — Gen. Joffl war durch Gen. Dr. Emil Czoch vertreten — woraus der Vorsitzende nach kurzer Beratung das Urteil verurteilte. Die Berufung Fuchs wurde kostenpflichtig abgewiesen. In der Begründung gab der Vorsitzende seiner Verurteilung darüber Ausdruck, daß Fuchs trotz des riesigen Beweismaterials in so mutwilliger Weise den Klageweg zu betreten wage.

Volkswirtschaft.

Lebenshaltungskosten.

Die Indices der Lebenshaltungskosten einer Arbeiter- und einer Beamtenfamilie für die Zeit vom Juni 1923 bis zum Dezember 1925 sind in der Nummer 1-2 des neuen Jahrganges der „Preisberichte des Statistischen Staatsamtes“ enthalten. Es ist die erste amtliche Publikation dieser Art, deren Grundlagen sich möglichst eng an die Ergebnisse der Erhebungen über den Verbrauch in Arbeiter- und Beamtenfamilien im Jahre 1921/22 anschließen. Der Umfang des Verbrauches an Nahrungsmitteln und Getränken wurde für die Indices genau nach den Ergebnissen der Erhebung festgelegt; die Ausgaben für die übrigen Gruppen von Lebensbedürfnissen wurden für das Inderschema in jenem Gesamtverhältnis zur Ausgabe für Nahrungsmittel festgelegt, wie es zur Zeit der Erhebung ermittelt wurde. Die Indizes sind errechnet für eine fünfgliedrige Arbeiterfamilie folgender Zusammensetzung: ein Mann, eine Frau, ein 12jähriger Sohn, eine 8- und 5jährige Tochter, und für eine viergliedrige Beamtenfamilie, u. zw.: ein Mann, eine Frau, eine 17jährige Tochter und ein 15jähriger Sohn. Die Lebensbedürfnisse sind in folgende Gruppen eingeteilt, für welche neben dem Gesamtindex auch besondere Gruppenindices — für jede getrennt — ermittelt werden: 1. Nahrungsmittel und Getränke; 2. Beheizung, Beleuchtung und Reinigungsmittel; 3. Wohnung; 4. Kleider, Wäsche und Schuhe; 5. Verschiedenes; in dieser letzten Gruppe sind enthalten: Rauchwaren, Haarschneiden und Kästern, Beiträge für Vereins- und Gewerkschaftsorganisationen, Zeitungen, Theaterkarten, Tramwaykarten, Einkommensteuer, alle Arten von Sozialversicherung, sowie auch ein Zuschlag von 5 Prozent für die in dem Index nicht einbezogenen Verbrauchsgüter und Faktoren. Besondere Sorgfalt wurde dem Wohnungsmietzins in allen Häusern gewidmet, die Erhebung über die Wohnungen in den neuen, d. i. nach dem 27. Jänner 1917 erbauten und dem Mieterschutzgesetz nicht unterliegenden Häusern ist noch nicht ganz beendet, ihre Ergebnisse werden in einer der nächsten Nummern der Preisberichte veröffentlicht werden und ebenso der genauen Ermittlung des Index der Wohnungsmietzins, denn durch ihn werden, zumal er niedriger ist als die durchschnittliche Verteuerung der übrigen Lebensbedürfnisse, auch der Gesamtindex, ziemlich bedeutend herabgesetzt. Dazu wurden für die Jahre 1923/24 bei allen Steueradministrationen in Prag beinahe 7000 Zinsbefehntnisse eingesehen und eine laufende Erhebung eingeführt über 360 Wohnungen von Bediensteten des Statistischen Staatsamtes und einiger anderer Familien, die sich zu dieser Verichterstattung gemeldet haben. Die Erhebung betrifft den Wohnungsmietzins für eine Wohnung von 1 Zimmer und 1 Küche für eine Arbeiterfamilie und für eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern und 1 Küche, für eine Beamtenfamilie.

Die Ergebnisse für einige Monate (auf Grundlage Juli 1914 = 100) sind im Auszuge diese:

	Arbeiterfamilie in Prag.			
	Juni 1923	Jänner 1924	Dez. 1924	Dez. 1925
1. Ernährung	801	774	821	796
2. Beheizung, Beleuchtung usw.	1000	989	839	807
3. Wohnung in alten Häusern	200	211	222	224
4. Kleider, Wäsche, Schuhe	978	940	1010	1001
5. Verschiedenes	696	696	719	719
Index aller Lebenshaltungskosten	710	688	716	703

	Beamtenfamilie in Prag.			
	Juni 1923	Jänner 1924	Dez. 1924	Dez. 1925
1. Ernährung	842	796	819	814
2. Beheizung, Beleuchtung usw.	1061	971	829	787
3. Wohnung in alten Häusern	222	228	244	262
4. Kleider, Wäsche, Schuhe	1052	928	995	1054
5. Verschiedenes	605	605	609	609
Index aller Lebenshaltungskosten	720	678	694	701

Die Gesamtindices in Gold umgerechnet betragen:

	Arbeiterfamilie	Beamtenfamilie
Juni 1923	103.7	105.2
Jänner 1924	97.6	96.1
Jänner 1925	103.8	100.6
Dezember 1925	102.4	102.2

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 9. Febr.) Die flauere Tendenz der amerikanischen Märkte beeinflusste die Lage des Prager Produktmarktes. Das Geschäft war heute auch dadurch etwas unterbunden, daß gleichzeitig eine Verammlung der Müller aus ganz Böhmen stattfand, so daß die Börsen schwächer besetzt war. Am Getreidemarkte verbeserte sich Hafer, welcher in besten Sorten ca. 2 K anzuziehen vermochte. Gleichfalls Sorten tendierte besser, da sie mehr nachgefragt wird. Weizen und Roggen blieben unverändert; Weizen wird infolge der hohen Preise von den Mühlen nicht gekauft. Der Mehlmarkt verzeichnete keine Preisänderungen. In Futtermitteln gab Mais etwas nach, demgegenüber tendierte Senf und Sirof fest. Am Kolonialmarkte wurde Reis etwas teurer. Amerikanisches Fett gab etwas nach, während ungarisches Fett seinen Preis behaupten konnte. Am Samenmarkte tendierte Kleesamen flauer. Auf den übrigen Gebieten keine Änderungen. — Es notierten in K: Böh. Weizen, Prag 195—200, böhm. Roggen, Prag 127 bis 130, böhm. Mehlantilgerste, Prag 145—150, böhm. Weizen, Prag 158, böhm. Hafer, feuchter, mit Geruch, Prag 132—136, böhm. Weizhafer,

Prag prima 144—145, amer. Patentmehl, Teiffchen 3.65, Weizenmehl DDD 3.50—3.55, Weizenbrotmehl Nr. 4 2.—, Roggenmehl 0-1 2.25—2.30, Gleichmehl 1 2.10—2.15, Weizenklein 3.60—3.70, Reis Burma II, Teiffchen 2.70—2.80, Reis Arracan, Teiffchen 2.90 bis 3.25, Reis, Roulman extra, Teiffchen 3.55—3.65, Reis Italienisch, vollert, Prag 4.15, Kaffee Rio 27.50—28, Kaffee Santos 30—32, Kaffee Quatemala 31.50—37, Kaffee Portorico 37.50—39, Tee Soudong 54, Tee Orange Pecco 58—65, Barimandeln 39.50, Mandeln, gellauhe 43—44, Rosinen 15—22, Mohu böhm. 7.50—8.50, Rummel böhm. 4.65—4.75, Rummel holländischer 5.25, Erbisen grüne 2.50—3.50, Erbisen gelbe 2.60, Erbisen Viktoria 2.70—3.20, Amlin 3—4.50, Weizbohnen 1.80—2.50, Dife 2.65, amer. Fett, Teiffchen 14.10—14.30, Fett, ungarisches, Szob 14—14.20, Mais jugoslaw., Bratislava 91, Mais rumänischer, Kleinförniger, Oderberg 111, Mais Cinqumino, Oderberg 114, Naturkaffee, alt 1500 bis 1750, neu 1750—1900, Kaffee plombiert 2100—2300, Weizklee 1200—1600, Schwedischer Klee 800—1200, Infarnat 320—340, Indwelle 800—1100, Vignus 280—350, Luzernklee heimischer 1200—1400, Luzernklee, französischer 1600, Steinklee weiß 360—400, Peluside 190—220, Sommerwiese 170—185, Winterwiese 300—400, Lupine blau 120—150, Lupine gelb 120—150, Timotheegras 300—360, Rothafer englischer 500—600, französischer 600—700, italienischer 480 bis 560, Raps 300—400, Senf 550—600, Leinsamen 280—340, Hanfsamen 180—200, Zuderrübe 300—350.

Kunst und Wissen.

Druckfehlerberichtigung. In der Besprechung der Ortsmischen Tragödie „Michael Hundertpfund“ („Sozialdemokrat“ vom Sonntag) sollte es statt „Die Fabel selbst ist ziemlich schlecht“ richtig heißen „Die Fabel selbst ist ziemlich schlicht“.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch abends halb 8 Uhr „Fugmalion“, Donnerstag „Julius Cäsar“, Freitag „Der Kuh“, Samstag „Mascottchen“, Sonntag halb 3 Uhr „Rigoletto“, 7 Uhr „Die Zerkelina“, Montag „Mascottchen“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Die Freunde Dr. Exzellenz“, Donnerstag abends „Mamselle Ritouche“, Freitag abends „Charles Tante“, Samstag halb 3 Uhr nachmittags Jugendfürsorge-Vorstellung „Die Puppenfee“, 7 Uhr abends „Der wahre Jakob“, 10 Uhr nachts „Liebestrank“, Sonntag 3 Uhr „Charles Tante“, halb 8 Uhr „Liebestrank“, Montag „Der wahre Jakob“.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Handel, Industrie und Verkehr, Ortsgruppe Prag II, Jüngerovo nam. 4. Die heutige Vollversammlung findet Dienstag, den 23. Febr., 8 Uhr abends im Restaurant Kreuzel, Kozanska, statt. Tagesordnung: Bericht des Kassiers, des Obmannes, des Obmannstellvertreters, der Kontrolle. Neuwahlen, Eventuelle. Anträge sind längstens 8 Tage vorher beim Obmann Kollegen Rich. Schönfelder, Prag II, Jüngerovo 4, einzubringen. Freitag, den 12. Febr. 1926, um 8 Uhr abends Verein Deutscher Arbeiter, Smolchy 27, wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung. 3901

Der Film.

Graf Kostja (nach dem Roman von Viktor Tschubulcz). Ein Westi-Film, der ähnlich zu werten ist, wie die „Wandlungen des Matthias Pascal“ mit Ivan Mozzuchin: meisterhaftes Spiel des Hauptdarstellers, doch eine schwache, gezwungene Fabel. Conrad Veit als Graf Kostja schaffte eine passende Gestalt, wie immer, wenn ihm eine Rolle zulag, und André Rog als sein Gegenspieler ist ebenso sehenswert. Dafür läßt die undeutliche, sprunghafte Handlung, die an manchen Stellen ohne innere Folgerichtigkeit, nicht sehr flott dahinkläuft, viel zu wünschen übrig. An und für sich ist zwar der Film genügend spannend,

und in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt, aber der anspruchsvolle Kinobesucher wird um so weniger befriedigt sein, da uns Conrad Veit mit seinem letzten Großfilm „Orlafs Hände“ zu sehr verwohnt hat, um ihn in einem nicht gerade erstklassigen Film so ohne weiteres hinzunehmen. D. W.

Franz Molnars Komödie „Der Schwan“ ist unter dem Titel „Seine Ehefrau verlobt sich“ verfilmt worden.

Von Chanachs neuer Film heißt „Seemannslog“. Der „Mann mit den tausend Gesichtern“ spielt diesmal ohne Maske, so daß sein unverhülltes Antlitz voll zur Geltung kommen kann.

Turnen und Sport.

Der ge'undheitliche Wert des Sportes.

Vom ärztlichen Standpunkt und damit auch vom Standpunkt des Volksganges aus kommt es bei der sportlichen Betätigung nicht darauf an, sportliche Höchstleistungen zu erzielen, sondern die Volksgesundheit durch harmonische Ausübung des gesamten Körpers zu fördern. Das schließt nicht aus, daß der einzelne Sportler, der seine besonderen Fähigkeiten erkannt hat, sich einem bestimmten Fachgebiet widmet. Soll die Leibesübung nie Selbstzweck sein, sondern nur Mittel, um einen gesunden Körper heranzubilden, so ist die Frage nach dem gesundheitlichen Wert der einzelnen Leibesübungen von allergrößtem Interesse. Es ist ganz klar, daß der gesundheitsfördernde Einfluss der einzelnen Übungen ganz verschieden ist. Bei dem Versuch, diese Frage zu beantworten, erhebt Dr. Grünwald (Dormund) im Organ des Arbeiter-Arbeiterbundes zunächst die Forderung, daß im Interesse der Gesundheitspflege alle Leibesübungen möglichst nach betrieben werden. Außer der Licht- und Luftwirkung bringt die Radführung eine Steigerung des Appetits und eine bessere Ausnutzung der Nahrung, weil durch sie ein erhöhter Stoffwechsel bedingt wird. Allerdings muß vor jedem Uebermaß der Radübungen gewarnt werden. Während richtig betriebene Radübungen das Kraftgefühl erhöhen, die Lebensfreude fördern, einen gesunden Schlaf herbeiführen und das Aussehen bessern, hat eine Uebertreibung alles zu leicht unruhigen Schlaf, Müdigkeit und Nervosität, Sinken des Körpergewichts und allgemeines Mißbehagen im Gefolge.

Interessant sind die statistischen Ergebnisse, die Dr. Grünwald anführt. Er beträgt die mittlere Körpergröße des Turners 161,1 Zentimeter bei 64,4 Kilo Gewicht, des Ringers 169 Zentimeter bei 68,2 Kilo Gewicht, des Spielers 170,5 Zentimeter bei 64 Kilo und des Fünfkämpfers 172,8 Zentimeter bei 68,3 Kilo. Man kann daraus schließen, daß der vielseitige Fünfkampf der Körperentwicklung besonders dienlich ist. Die Abhängigkeit der Körpermasse von Leibesübungen hat z. B. auch die Untersuchung von Hochschülern bei Eintritt in die Hochschule und nach zwei Semestern sportlicher Betätigung ergeben. Das durchschnittliche Gewicht stieg von 66,07 auf 67,7 Kilo, die durchschnittliche Größe von 172,2 auf 172,3 Zentimeter, der durchschnittliche Brustumfang von 89,8 auf 94 Zentimeter, die durchschnittliche Atembreite von 7,7 auf 10,4 Zentimeter und der durchschnittliche Oberarmumfang von 27,8 auf 28,5

Zentimeter. Die gesundheitliche Bedeutung des Sports ergibt sich dabei vor allem aus der Zunahme des Umfanges des Brustkorbes und der Atembreite, die auf ein gesundes Lungenwachstum schließen lassen. Den Geschicklichkeits- und Wurfübungen kommt vor allem der Wert einer Nervengymnastik zu. Auch die Geisteskräfte, vor allem die Gedächtnisgegenwart und das Konzentrations- und Begriffsvermögen werden durch die verschiedenen Formen der Leibesübungen wesentlich gefördert. Dr. Grünwald bezeichnet es als wahrscheinlich, daß durch harmonische Pflege der Leibesübungen im Gehirn komplizierte Bewegungsschaltungen ausgelöst werden, die dem Sportler nicht nur in körperlicher, sondern auch in geistiger Beziehung zunutze kommen.

Russische Schwimmer in Berlin. Wie die Berliner „Note Bohne“ mitteilt, soll Anfang März eine russische Schwimmermannschaft nach Berlin kommen, um sich mit deutschen Arbeitersportlern zu messen. Es wäre das erste Mal, daß überhaupt russische Schwimmer in Deutschland starteten.

Das zweite Schlessische Arbeiter-Turn- und Sportfest findet vom 17. bis 19. Juli in Görlitz statt. Der Samstag wird volkstümliches Turnen und Gerätewettkämpfe der Schüler und Schülerinnen bringen, und am Abend wassersportliche Wettkämpfe. Am Sonntag morgen werden zehn Tambourkorps wecken. Bereits um 6 Uhr morgens beginnt das Geräteturnen. Am Nachmittag findet ein großer Festzug der Arbeitersportler und anschließend Massenfreibungen auf dem Festplatz statt. Ein Fußballspiel einer Breslauer Städtemannschaft gegen den reichsdeutschen Bundesmeister soll den Abschluß bilden.

Das Leipziger Arbeiter-Sportkartell hat in Gemeinschaft mit der Arbeiter-Turn- und Sportschule seit Anfang 1925 einen sportärztlichen Dienst eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, die sporttreibenden Mitglieder der Verbände auf ihre körperliche Gesundheit und Eignung für bestimmte Sportgebiete zu untersuchen und mit ärztlichem Rat zu versehen. Im Jahre 1925 wurden an 66 Tagen 644 Männer und 234 Frauen untersucht. Jeder Sportler, der sich zur Untersuchung meldet, erhält ein Untersuchungsblatt mit dem Ergebnis des ärztlichen Befundes.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riechneer.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacks überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Kupfer, Stahlstich, Lithographie und Eisenstich mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 137.463

Laden links!

Jede Nummer ab 1.10. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Ernst Cestler** Karlsbad, Atrag Palace

Alle Bücher liefert rasch und billig die **Volksbuchhandlung Kromer & Co. Tepitz-Schönau, Theresien-gasse 18 - 20** Grobes Ränge in preiswerten Gelegenheitskäufen. Bestellungen senden wir auf Wunsch sofortlos

Ich leuchte mit Philips Argenta

Laden Sie Ihren Akkumulator zu Hause mit dem **PHILIP'S GLEICHRICHTER**